

OTTO
KIRCHHEIMER
PREIS



Baden-Württemberg
VERTRETUNG DES LANDES BEIM BUND

DOKUMENTATION

DOKUMENTATION

der Veranstaltung der
Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund
in der Reihe **Profile Südwest** zu

OTTO KIRCHHEIMER

am 12.10.2016 in Berlin



Herausgeber: Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.
Layout, Satz u. Druck: kuh vadis! Kommunikationsdesign, Talheim
Auflage: 400 Exemplare

Schriftenreihe des Fördervereins Otto Kirchheimer-Preis e.V. | **Band 1** | November 2017



Otto Kirchheimer | 11.11.1905 - 22.11.1965

© Hanna Grossman / Aufnahme Charles David

INHALT

5	Editorial
8	Einladung
13	Begrüßung
17	Der „Otto Kirchheimer-Preis“ Stiftung
23	Der „Otto Kirchheimer-Preis“ Wissenschaftlicher Beirat
29	Otto Kirchheimer – Mittler zwischen Staatslehre und Politikanalyse
39	Otto Kirchheimers Volksparteien – nach 50 Jahren noch aktuell?
54	Der Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.
57	1. Preisträger
59	2. Preisträger
61	Satzung Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.
66	Beitrittsformular

Profile Südwest, eine Veranstaltungsreihe der Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund, würdigte am 12. Oktober 2016 mit Otto Kirchheimer einen Wegbereiter der Politikwissenschaften in Deutschland. Diese Broschüre, die vom Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V. herausgegeben wird, hält einen sehr intensiven und gehaltvollen Abend in Berlin fest, um die Erzählungen, Einschätzungen, Würdigungen und auch kleinen Anekdoten über und zu dem großen Sohn der Stadt Heilbronn aufzubewahren.

Mit **Profile Südwest** 2014 startete die Landesvertretung den Versuch, bedeutende Persönlichkeiten aus Baden-Württemberg dem Berliner Publikum nahezubringen. An einem denkwürdigen Abend wurde damals der widerständige Jurist Fritz Bauer vorgestellt. In den Folgejahren widmete sich **Profile Südwest** u.a. dem Hitlerattentäter Georg Elser, dem Sozialphilosophen Max Horkheimer, es wurde über den ehemaligen Daimler-Chef Edzard Reuter gesprochen - und 2016 stand also der Mittler zwischen Staatslehre und Politikanalyse Otto Kirchheimer im Mittelpunkt.

Oft glauben wir, schon alles über herausragende Persönlichkeiten zu wissen. Die künstlerische Rezeption der Zeitgeschichte, Bücher, Filme, Dokumentationen tun das ihre dazu und das ist in der Regel auch verdienstvoll. Gleichwohl sind es am Ende die erzählte Geschichte, das Reflektieren in der Diskussion, der lebendige Austausch von Sichtweisen und auch Kritik, die die große Biografie oder auch das bedeutende Lebenswerk nahe an uns heranbringen.

Profile Südwest bietet dafür eine Plattform in Berlin. Abende wie jener zu Otto Kirchheimer gelingen immer dann, wenn die Landesvertretung Baden-Württemberg Kooperationspartner im Ländle an ihrer Seite weiß. Und so bedankt sich die Landesvertretung herzlich für die gute Zusammenarbeit mit dem Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V..

Der Förderverein Otto Kirchheimer-Preis dankt der Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund, in der Veranstaltungsreihe **Profile Südwest** Otto Kirchheimer eine Veranstaltung gewidmet zu haben, einem Politikwissenschaftler, der in seinem wissenschaftlichen Werk nach seinem viel zu frühen Tod im Jahre 1965 – er wurde nur 60 Jahre alt –, viele politische Entwicklungen, insbesondere der von Parteien maßgeblich bestimmten Entwicklungen unserer Demokratie, vorhergesehen hat.

Der Förderverein dankt der Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund dafür, den Vorschlag für eine Dokumentation dieser Veranstaltung aufgegriffen zu haben. Das Ergebnis dieses Zusammenwirkens ist diese Broschüre über einen würdigen Abend rund um einen großen Baden-Württemberger.

Andreas Schulze

Vertretung des Landes
Baden-Württemberg beim Bund

Harald Frieze

Förderverein
Otto Kirchheimer-Preis e.V.





Profile Südwest | 12.10.2016

Teilnehmer (v.l.): **Harald Friese** (Vorsitzender Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.), **Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Reinhard Meyers** (Vorsitzender des Wiss. Beirates), **Gudrun Hotz-Friese** (Schriftführerin Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.), **Professor Dr. Christhard Schrenk** (Mitglied des Wiss. Beirates), **Professor Dr. Ulrich von Alemann** (1. Preisträger des Otto Kirchheimer-Preises, Mitglied des Wiss. Beirates), **Andreas Schulze** (Dienststellenleiter der Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund), **Professor Dr. Elmar Wiesendahl**

EINLADUNG



Otto Kirchheimer

Ablauf

Otto Kirchheimer-Preis



Hanna Grossman / Aufnahme von Charles David

Otto Kirchheimer

Mittler zwischen Staatslehre und Politikanalyse

In der Reihe „Profile Südwest“ wird mit diesem Abend über Otto Kirchheimer an die Veranstaltungen zu Fritz Bauer und Max Horkheimer angeknüpft.

Otto Kirchheimer wurde 1905 in Heilbronn geboren. Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften emigrierte er als Jude bereits 1933 nach Frankreich und wanderte 1937 schließlich in die USA aus, wo er unter anderem als Professor für politische Wissenschaften an der Columbia University, New York, lehrte.

Kirchheimer machte sich schnell einen Namen mit seinen Analysen zum Verhältnis von sozialen Strukturen und Verfassung. Die Wechselbeziehung zwischen Sozialordnung, Staatsverfassung und politischer Gewalt, also die Dialektik von Macht und Recht, ziehen sich als roter Faden durch sein wissenschaftliches Werk. Er war davon überzeugt, dass Recht nicht nur gesellschaftliche Machtverhältnisse festschreibt, sondern mit der Macht zur Rechtsetzung auch gesellschaftliche Zielsetzungen geändert werden können.

In seinem wissenschaftlichen Hauptwerk „Politische Justiz“ analysiert Otto Kirchheimer wie gerichtliche Verfahren für politische Zwecke eingesetzt werden, um u.a. politische Macht zu sichern.

Otto Kirchheimer analysierte schon 1965 die Transformation des westeuropäischen Parteiensystems. Die Entwicklung von Weltanschauungsparteien auf der Grundlage konfessioneller oder klassenstruktureller Basis hin zu entideologisierten Parteien, zu sogenannten „Allerweltparteien“, und den damit verbundenen Verfall der Opposition sagt er vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen in den USA voraus. Die Entpolitisierung von Parteien und damit auch der Politik sowie die Verrechtlichung der Politik hat Kirchheimer früh beschrieben.

Die seit Jahren sinkenden Mitgliederzahlen der Parteien scheinen Otto Kirchheimers Voraussagen zu bestätigen. Und wenn Otto Kirchheimer bereits 1966 vom „Überwachungsstaat“ sprach, kann man nur beeindruckt sein über die gedankliche Vorwegnahme politischer Entwicklungen, die heute wissenschaftlich, politisch und gesellschaftlich diskutiert werden.

Veranstaltungsdatum

Mittwoch, 12. Oktober 2016, 18 bis 21 Uhr

[iCal](#) [vCal](#)

Veranstaltungsort

Landesvertretung Baden-Württemberg
Tiergartenstraße 15
10785 Berlin

[Anfahrtsbeschreibung](#)

Ihr Kontakt bei Rückfragen

LV BW-Berlin Veranstaltungen

Telefon: 030 - 25 456 - 151

E-Mail: Antwort@lvberlin.bwl.de

Internet: www.lvtberlin.baden-wuerttemberg.de



Otto Kirchheimer

Ablauf

Otto Kirchheimer-Preis

18:00 - 19:00 Uhr

Einlass

Empfang mit Kürbissuppe und Zwiebelkuchen

19.00 Begrüßung

Andreas Schulze,
Dienststellenleiter der Landesvertretung

19.05 Der „Otto Kirchheimer-Preis“

Stiftung

Bürgermeister a. D. Harald Friese (Heilbronn)

Wissenschaftlicher Beirat

Prof. Dr. Dr. h. c. Reinhard Meyers (Münster)

19.30 Otto Kirchheimer - Mittler zwischen Staatslehre und Politikanalyse

Prof. Dr. Ulrich von Alemann (Düsseldorf)

20.00 Otto Kirchheimers Volksparteien – nach 50 Jahren noch aktuell?

Prof. Dr. Elmar Wiesendahl (Hamburg)

21.00 Ende der Veranstaltung

Veranstaltungsdatum

Mittwoch, 12. Oktober 2016, 18 bis 21 Uhr

[iCal](#) [vCal](#)

Veranstaltungsort

Landesvertretung Baden-Württemberg
Tiergartenstraße 15
10785 Berlin

[Anfahrtsbeschreibung](#)

Ihr Kontakt bei Rückfragen

LV BW-Berlin Veranstaltungen
Telefon: 030 - 25 450 - 151
E-Mail: Antwort@lvberlin.bwl.de
Internet: www.lvberlin.baden-wuerttemberg.de



[Otto Kirchheimer](#)

[Ablauf](#)

[Otto Kirchheimer Preis](#)

Der Otto Kirchheimer-Preis wird alle zwei Jahre vom Otto Kirchheimer-Preis e.V. auf Vorschlag des Wissenschaftlichen Beirates unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Reinhard Meyers (Uni Münster) verliehen. Er ist mit 10 000 € dotiert.

Mit dem Preis soll an den bedeutenden Staatsrechtslehrer und Politikwissenschaftler Otto Kirchheimer erinnert, aber auch Wissenschaftler gewürdigt werden, die sich mit ihrer wissenschaftlichen Arbeit um die Demokratie- und Parteienforschung verdient gemacht oder mit ihren Forschungsergebnissen die Demokratie- und Parteienforschung um neue Erkenntnisse bereichert haben.

Erster Preisträger des Otto Kirchheimer-Preises war Prof. Dr. Ulrich von Alemann (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf), ein Nestor der Demokratie- und Parteienforschung in Deutschland und Leiter des „Instituts für deutsches und internationales Parteienrecht und Parteienforschung“ an der Heinrich-Heine-Universität.

Der Preis wurde erstmalig am 24.11.2015 zum 50. Todestag von Otto Kirchheimer am 22.11.2015 verliehen. Stifter des Preises sind Gudrun Hotz-Friese und Bürgermeister a.D. Harald Friese anlässlich der Verleihung des Ehrenringes der Stadt Heilbronn.

Veranstaltungsdatum

Mittwoch, 12. Oktober 2016, 18 bis 21 Uhr

[iCal](#) [vCal](#)

Veranstaltungsort

Landesvertretung Baden-Württemberg
Tiergartenstraße 15
10785 Berlin

[Anfahrtsbeschreibung](#)

Ihr Kontakt bei Rückfragen

LV BW-Berlin Veranstaltungen

Telefon: 030 - 25 456 - 151

E-Mail: Antwort@lvtberlin.bwl.de

Internet: www.lvtberlin.baden-wuerttemberg.de



Andreas Schulze

BEGRÜSSUNG

Sehr geehrter Herr Bürgermeister a.D. Friese,
sehr geehrte Frau Hotz-Friese,
sehr geehrte Gäste,

herzlich Willkommen in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund. Ich freue mich sehr, Sie zu einem Abend in unserer Reihe „**Profile Südwest**“ begrüßen zu dürfen.

Die heutige Veranstaltung zum Wirken von **Otto Kirchheimer** steht in einer Reihe mit Veranstaltungen zu Fritz Bauer und zu Max Horkheimer in den Jahren 2014 und 2015.

Die Landesvertretung Baden-Württemberg, das ist eigentlich ein Ort der praktischen Politik und weniger der theoretischen Reflektion. Aber es gibt gute Gründe, immer wieder auch den Blick zurück zu wagen.

Wir bemühen uns deshalb schon seit einiger Zeit, Persönlichkeiten aus Baden-Württemberg vorzustellen, die vielleicht etwas im Erinnerungsschatten stehen, uns aber auch heute etwas zu sagen haben.

Mit Otto Kirchheimer erinnern wir an einen großen Staats- und Verfassungstheoretiker, der uns ein bemerkenswertes wissenschaftliches Vermächtnis hinterlassen hat.

Otto Kirchheimer wurde im November 1905 in Heilbronn geboren, wo er auch seine Kindheit und seine ersten Schuljahre verbrachte. Nach seinem Studium der Rechts- und Sozialwissenschaften in München, Köln, Berlin und Bonn wurde er 1928 als Schüler von Carl Schmitt von der Universität Bonn mit einer Doktorarbeit „Zur Staatslehre des Sozialismus und Bolschewismus“ promoviert. Er arbeitete dann als Jurist, war auch bei den Sozialdemokraten und in der Gewerkschaftsbewegung aktiv. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten emigrierte er zunächst nach Paris und wanderte 1937 in die Vereinigten Staaten aus, wo er unter anderem als Professor für Politikwissenschaften an der New Yorker Columbia University lehrte.

Otto Kirchheimer verstand und beschrieb sich selbst als „**Hersteller politischer Analysen**“, dessen Ziel es war, „Regierungssysteme in voller Aktivität zu dechiffrieren, zu diagnostizieren oder in seinem Geist bessere für sie zu substituieren“.

Andere verstanden ihn ähnlich:

Schon Mitte der 80er Jahre, etwa zwanzig Jahre nach seinem frühen Tod, diskutierten Politikwissenschaftler in Deutschland darüber, ob die deutsche Politikwissenschaft schon damals anders ausgesehen hätte, wenn Kirchheimer frühzeitig aus seinem Exil zurückgekehrt wäre und hier gelehrt hätte.

Doch auch aus der Ferne übten seine Theorien einen erheblichen Einfluss auf die Konstituierung der Politikwissenschaft in Deutschland aus.

Vier Schwerpunkte lassen sich in Kirchheimers Werk erkennen.

- Da wären zunächst die politisch engagierten Schriften des Jungsozialisten Kirchheimer zu Verfassung und gesellschaftlicher Kräfteverteilung in der Weimarer Republik.
- Später folgten Analysen des deutschen Faschismus und der deutschen und zentraleuropäischen Nachkriegsentwicklung.
- Einflussreich auch seine Auseinandersetzung mit der Transformation westeuropäischer Parteiensysteme. Mit seiner These zur Entwicklung von konfessionell oder klassenstrukturell geprägten Weltanschauungsparteien hin zu entideologisierten Allerweltparteien gilt er als einer der Nestoren der vergleichenden Parteienforschung.
- Und schließlich steht Otto Kirchheimer mit seinem wissenschaftlichen Hauptwerk „Politische Justiz“ für die ebenfalls einflussreiche Schilderung der „Verwendung juristischer Verfahrensmöglichkeiten zu politischen Zwecken“, wie auch der Untertitel der Analyse lautete.

Im November 1965, gerademal 60 Jahre alt, verstarb Otto Kirchheimer nach einem Herzanfall.

Seiner Heimatstadt Heilbronn fühlte Kirchheimer sich trotz der über 30 Jahre langen Zeit im Exil sehr verbunden. So sehr, dass er seine letzte Ruhestätte in Heilbronn neben dem Grab seiner Eltern auf dem jüdischen Friedhof „Im Breitenloch“ finden wollte.

Die vielen Jahre im amerikanischen Exil mögen auch dazu beigetragen haben, dass Otto Kirchheimer trotz seiner engen Bindung an Heilbronn vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht als ein Sohn der Stadt präsent ist. Das ändert sich jedoch Stück für Stück, nicht zuletzt seitdem in Heilbronn erstmals aus Anlass seines 50. Todestages der Otto Kirchheimer-Preis für herausragende wissenschaftliche Arbeiten zum Thema Demokratie und Parteienforschung verliehen wird.

Der Preis, der künftig alle zwei Jahre verliehen wird, stellt mit einem Preisgeld von 10.000 Euro die am höchsten dotierte Auszeichnung für Leistungen in der Politikwissenschaft dar.

Gestiftet wurde dieser Preis vom früheren Bundestagsabgeordneten und langjährigen Heilbronner Bürgermeister **Harald Friese** und seiner Frau **Gudrun Hotz-Friese**, die ich beide heute auch bei uns begrüßen darf.

Für den Wissenschaftlichen Beirat des Preises begrüße ich Herrn Professor Reinhard Meyers. Herr Friese und Professor Meyers werden den Preis direkt im Anschluss vorstellen.

Ebenfalls heute anwesend ist der **erste Träger des Otto Kirchheimer-Preises, Professor Ulrich von Alemann**. Professor von Alemann wird im Anschluss an den Beitrag von Herrn Friese auf die Person und das Werk von Otto Kirchheimer als „Mittler zwischen Staatslehre und Politikanalyse“ eingehen. Herr von Alemann, auch Sie begrüße ich herzlich!

Der Frage, inwieweit Otto Kirchheimers Analyse europäischer Parteiensysteme auch 50 Jahre nach seinem Tod noch aktuell ist, wird Professor Elmar Wiesendahl in seinem Beitrag nachgehen. Ein herzliches Willkommen Herr Professor Wiesendahl.

Uns allen wünsche ich einen interessanten, nachdenklichen und auch lehrreichen Abend in unserem Haus. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Herrn Friese und Herrn Professor Meyers, uns den Otto Kirchheimer-Preis vorzustellen.

Andreas Schulze ■



Harald Friese

Der „Otto Kirchheimer-Preis“

Sehr geehrter Herr Schulze,
sehr geehrter Herr Professor Meyers,
sehr geehrter Herr Professor von Alemann,
sehr geehrter Herr Professor Wiesendahl,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wie es zu dem Otto Kirchheimer-Preis kam: eine 49-jährige Geschichte, die es kurz zu erzählen gilt.

Die Geschichte hat etwas mit einem jungen, politisch interessierten Mann zu tun, der im Sommersemester 1965 in Tübingen mit dem Jurastudium begann, nicht aus Überzeugung, sondern freiwillig einer väterlichseits bestehenden Familientradition folgend.

Zu Beginn meines Studiums versuchte ich zu verstehen, warum es zu fast jeder Rechtsfrage eine subjektive, eine objektive und eine vermittelnde Theorie gab.

Ich verstand nicht, mit welcher Ernsthaftigkeit und Verbissenheit, Verbalinjurien eingeschlossen, sich angesehene Professoren mit ihren Kollegen auseinandersetzen.

In Tübingen lehrte Jürgen Baumann Strafrecht. Im Mittelpunkt der Tat stand für ihn die kausale Rechtsgutverletzung. Sein Widerpart, Hans Welzel in Bonn, entwickelte einen personalen Unrechtsbegriff: Die Tat als solche stellt noch keine Schuld dar, sondern erst der Wunsch und der Wille, Straftaten zu begehen. Die strafrechtlichen Konsequenzen sind nach beiden Theorien identisch.

Im Wintersemester 1966/1967 wechselte ich an die Universität Bonn. In meiner Scheinesammlung fehlte noch der große Strafrechtsschein. Meine größte Sorge war, ob ich als „Baumann-Schüler“ diesen Schein bei Welzel überhaupt erlangen könne.

Ich empfand dies als ätzend. Die Rechtswissenschaft erschien mir wie eine Wissenschaft l'art pour l'art. Damit konnte ich nichts anfangen. Vielleicht floh ich deshalb in die Studentenpolitik.

Innerhalb weniger Monate wurde ich Vorsitzender der Hochschulgruppe des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) an der Universität Bonn, Mitglied des Studentenparlaments, Mitglied des Bonner AStA als Referent für Öffentlichkeitsarbeit, Fachschaftssprecher der Fachschaft Jura an der Universität Bonn, Bundesgeschäftsführer des SHB, Geschäftsführender Redakteur von „frontal“, der Zeitung des SHB und wenig später Vorsitzender des Fachverbandes Rechtswissenschaft im VDS, dem Verband Deutscher Studentenschaften.

In den Augen wohlmeinender Kommilitonen war das Amt des Bundesgeschäftsführers ein Schleudersitz. Die SPD hatte sich gerade vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund getrennt und für die Gründung des SHB als eines handzahmen, parteinahen Studentenverbandes gesorgt.

Die in den SHB gesetzten Erwartungen erfüllten sich nicht. Eine außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz des SHB im Januar 1967 in Duisburg forderte die völkerrechtliche Anerkennung der DDR ohne Anführungszeichen, was im diametralen Widerspruch zur offiziellen Parteilinie stand.

Doch ich schweife ab.

Studentische Hochschulpolitik in den 66er, 67er und 68er Jahren war von Inhalten geprägt. Die politische Diskussion fand auf hohem Niveau statt. Dies war kein Zufall. Die einschlägigen Publikationen und Bücher hat man gelesen und konnte die Argumentationslinien in jeder Diskussion abrufen.

Bei vielen Studenten war Ausgangspunkt einer Politisierung Georg Pichts „Die Deutsche Bildungskatastrophe“. Zum politischen Handgepäck gehörte „Hochschule in der Demokratie“ von Nitsche, Gerhardt, Offe und Preuß. Und im Vorfeld des Schahbesuchs Bahman Nirumands „Persien, Modell eines Entwicklungslandes“. Karl D. Bredthauer, Redakteur der „Blätter für deutsche und internationale Politik“, hat mir Otto Kirchheimer als Lektüre empfohlen. Es waren zwei Bändchen der edition suhrkamp, in blau die Nr. 95 „Politik und Verfassung“, hellgelb die Nr. 222 „Politische Herrschaft – Fünf Beiträge zur Lehre vom Staat“. Startauflage übrigens 8 000 und 10 000 Exemplare: heute, im Zeitalter von Mails und Apps und Facebook und was es sonst noch gibt, undenkbar.

Die Lektüre brachte mir die Erkenntnis, dass Recht nicht nur Gegenstand wissenschaftlicher Theorien, sondern auch relevant für die demokratische, soziale und gerechte Entwicklung einer Gesellschaft sein kann.

In dem Aufsatz „Weimar – und was dann? Analyse einer Verfassung“ beschreibt Otto Kirchheimer den Antagonismus zwischen den Normen der Verfassung und den realen gesellschaftlichen Machtverhältnissen. Es ist die Dialektik zwischen Macht und Recht.

Bestehende gesellschaftliche Machtverhältnisse können mit einer Verfassung, welche diese Strukturen rechtlich absichert, kaum geändert werden. Eine fortschrittliche Verfassung eröffnet aber die Chance für einen gesellschaftlichen Wandel. Wer sich in der politischen Diskussion über die Notwendigkeit von Reformen auf die Verfassung berufen konnte, hatte einen gewichtigen Argumentationsvorteil.

Und plötzlich war für mich Recht eine spannende Materie.

Im November 1966 gab es in Deutschland die erste Große Koalition. Ich erinnere mich noch genau an eine Demo vor der legendären SPD-Baracke in Bonn. Ich war empört und anschließend sprachlos, wobei die Sprachlosigkeit auch auf einen grippalen Infekt und eine schlimme Erkältung zurückzuführen war, die ich mir auf der Demo einfing. Es war kalt, wir Demonstranten standen im Schneematsch, Schneeregen und kalter Wind konnten den Widerstand gegen die Große Koalition aber nicht brechen.

Ich bin mit 19 Jahren 1964 in die SPD eingetreten, weil sie für mich die Partei der Freiheit war, die Partei des Friedens, die mit ihrem Deutschlandplan Ende der 50er Jahre den Kalten Krieg beenden und die nationale Einheit herstellen wollte. Die SPD war für mich die Partei der sozialen Gerechtigkeit, die Partei der einfachen Menschen und der Gleichberechtigung von Mann und Frau, eine Partei, die den sozialen Rechtsstaat verwirklicht und Artikel 14 Abs. 3 GG ernst nimmt.

Und das alles mit der CDU? Gibt die SPD ihr Ziel auf, mit diesem Regierungswechsel einen Politikwechsel zu erreichen?

Otto Kirchheimer beschrieb diese Entwicklung in seinen beiden Aufsätzen „Deutschland oder Der Verfall der Opposition“ und „Wandlungen der politischen Opposition“ und rechnete gnadenlos mit der Politik der SPD nach Godesberg ab. Opposition sei zu einer taktischen Angelegenheit geworden, Weltanschauungsparteien auf der Grundlage konfessioneller oder klassenstruktureller Basis entwickeln sich zu entideologisierten Parteien, die austauschbar sind. Das Charisma der Spitzenkandidaten sei wichtiger als politische Inhalte und Alternativen.

Die Entpolitisierung von Parteien, die Entpolitisierung der Politik und die Verrechtlichung der Politik hat Otto Kirchheimer schon damals beschrieben.

Haben mich die Große Koalition und die schonungslosen Analysen von Otto Kirchheimer entmutigt, mich weiter in der SPD zu engagieren? Nein, überhaupt nicht. Wenn man etwas ändern will, muss man sich engagieren.

Ich tat dies, als Vorsitzender der Jungsozialisten im Unterbezirk Rhein-Sieg, als 1. stellvertretender Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Rhein-Sieg, als Mitglied des Gemeinderates der Stadt Sankt Augustin und als Mitglied des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises.

Im Jahre 1984 wurde ich zum Bürgermeister in Heilbronn gewählt und lernte Otto Kirchheimer auf einer ganz anderen Ebene kennen. Otto Kirchheimer wurde in Heilbronn geboren, emigrierte als Jude 1938 in die USA und wurde auf seinen Wunsch hin auf dem Jüdischen „Friedhof „Im Breitenloch“ beerdigt. Dies hat mich tief beeindruckt, musste aber auch feststellen, dass er im kollektiven Gedächtnis der Stadt keine Rolle mehr spielt. Dabei ist Otto Kirchheimer einer der bedeutendsten Söhne der Stadt.

Wenn man die politische Entwicklung seit 1965, dem Todesjahr von Otto Kirchheimer, betrachtet, kann man nur staunen, welche Entwicklungen er vorausgesehen hat:

- Austauschbarkeit von Parteien
- Rapid sinkende Mitgliederzahlen
- Rückgang innerparteilicher Demokratie
- Funktionsverlust der Volksparteien
- Politikverdrossenheit
- Glaubwürdigkeit der politischen Akteure
- sinkende Wahlbeteiligung, insbesondere im kommunalen Bereich
- Gleichgültigkeit gegenüber der Demokratie

Verliert die Demokratie ihre Legitimation? Geht der Demokratie das Volk verloren?

In den letzten Jahren reifte immer mehr der Gedanke – von meiner Frau Gudrun unterstützt – einen Otto Kirchheimer-Preis auszuloben. Anlass dafür war die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Heilbronn an mich. Der Dank an die Stadt für diese Auszeichnung ist der Otto Kirchheimer-Preis.

Und so gibt es nun den Otto Kirchheimer-Preis, der von meiner Frau und mir mit 10 000 € dotiert ist und alle zwei Jahre auf Vorschlag des Wissenschaftlichen Beirates unter dem Vorsitz von Professor Dr. Reinhard Meyers vom Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V. verliehen wird.

Mit dem Preis soll an Otto Kirchheimer erinnert werden. Er soll einen Beitrag zur Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Arbeiten von Otto Kirchheimer zum Verhältnis von Sozialordnung, Staatsverfassung und politischer Gewalt sowie zum Funktionswandel der Parteien innerhalb der Parteiendemokratie leisten. Er soll auch Wissenschaftler würdigen, die sich mit ihrer wissenschaftlichen Arbeit um die Demokratie – und Parteienforschung verdient gemacht oder mit ihren Forschungsergebnissen die Demokratie – und Parteienforschung mit neuen Erkenntnissen bereichert haben.

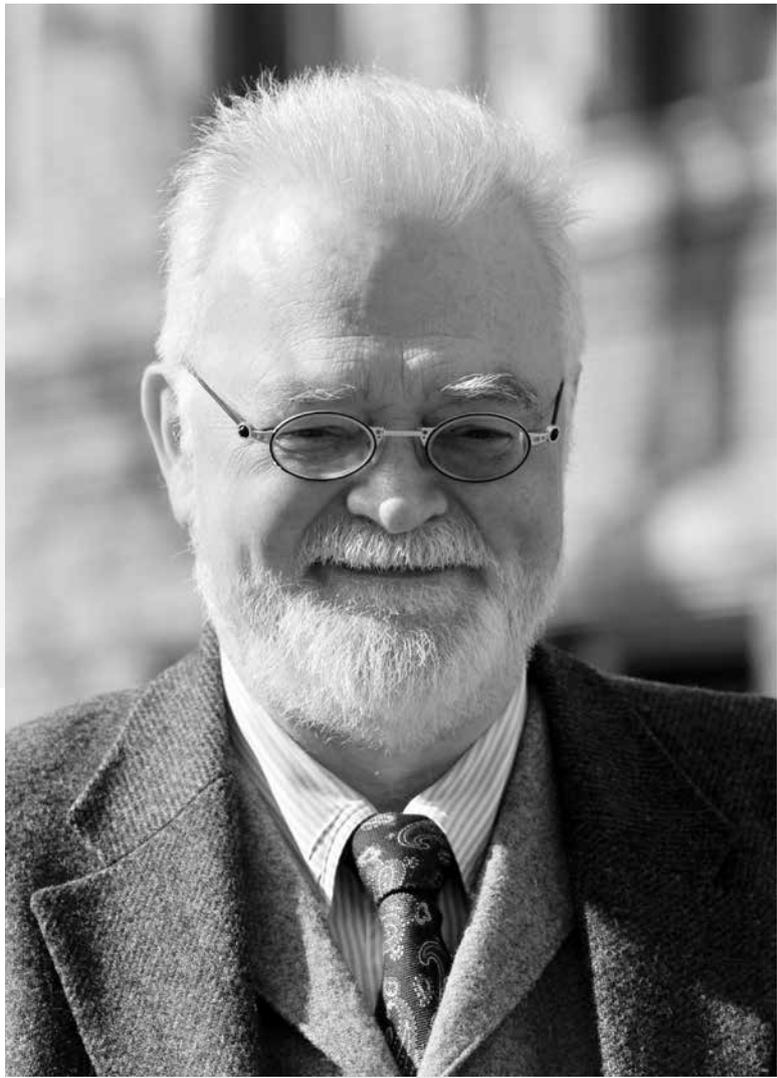
Erster Preisträger ist Professor Ulrich von Alemann, der nachher noch zu uns sprechen wird.

Der erste Bundespräsident Theodor Heuss hat einmal gesagt, Demokratie bekommt man nicht wie frische Brötchen jeden Morgen vor die Haustüre gelegt. Recht hat er! Um Demokratie muss man kämpfen, man muss jeden Tag überzeugen, dass Demokratie, sozialer Rechtsstaat und eine freiheitliche Gesellschaftsordnung untrennbar miteinander verbunden sind. Auch dazu soll der Otto Kirchheimer-Preis beitragen.

So bleibt mir nur noch zu danken: meiner Frau Gudrun, die aus Überzeugung hinter dem Projekt steht, den Gründungsmitgliedern des Vereins und der Landesvertretung Baden-Württemberg als Ausrichter dieser Veranstaltung. Ich danke auch den Referenten des heutigen Abends, Professor Ulrich von Alemann, Professor Reinhard Meyers und Professor Elmar Wiesendahl.

Möge die Veranstaltung dazu beitragen, Otto Kirchheimer den Platz in der öffentlichen Wahrnehmung einzuräumen, den er verdient.

Harald Friese ■



Professor Dr. Dr. h.c. mult. Reinhard Meyers

Der „Otto Kirchheimer-Preis“ Wissenschaftlicher Beirat

Lieber Ulrich, meine Damen und Herren,

einem noch gar nicht so alten deutschen Sprichwort zufolge können Auszeichnungen und Orden in vier Klassen eingeteilt werden:

- 1) verdiente
- 2) erdiente
- 3) erdienerte und
- 4) erdinierte.

Während dem habituellen Rheinländer in Kenntnis des alten Bonner Politikbetriebes und nach langen in diversen Landesvertretungen verbrachten Nächten die vierte Kategorie ohne weitere Begründung sofort und selbstevident einleuchtet, gestaltet sich die Suche nach der Genealogie der ersten drei Kategorien doch etwas komplexer. Die Mehrheit unserer Quellen – so etwa die renommierte Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte¹ – nennt den älteren Moltke – auch genannt der Schweiger – als Urheber. Kundige Fachkollegen – so etwa Michael Stürmer² – verweisen ebenso wie unsere verehrte Frau Kulturstatsministerin³ auf Otto von Bismarck. Und den Vogel schießt die Preußische Allgemeine Zeitung vom 21. Juni 2008⁴ ab – schreibt sie diesen Viererblock von Auszeichnungsgründen doch dem preußischen und türkischen Generalfeldmarschall Colmar Freiherr von der Goltz-Pascha zu – heute eher nur noch als Propagandist der Bagdad-Bahn bekannt, im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts jedoch reformatorisch-tatkräftiger Mitgestalter deutsch-türkischer Militärkooperation.

Am Anfang: Karl-Dietrich Bracher

Warum diese knappe Exkursion in die Begriffsgeschichte? Nun, ich möchte Ihnen heute abend mit Ulrich von Alemann und Elmar Wiesendahl Kollegen aus dem Universum der Politikwissenschaft vorstellen, die sich seit einem knappen halben Jahrhundert um die Parteien- und Verbändeforschung in der Bundesrepublik derart verdient gemacht haben, dass wir Ulrich v. Alemann ohne Zögern im Herbst 2015 zum ersten Preisträger des Otto Kirchheimer-Preises gewählt haben, während sich unser Wissenschaftlicher Beirat des treffsicheren und wohl auch pointierten Urteils Elmar Wiesendahls immer wieder gern bedient. Mit Blick auf Ulrich von Alemann konzediere ich zudem durchaus, dass sich seit unserem gemeinsamen Studium bei Karl Dietrich Bracher im Bonn der späten Sechziger unsere Lebens- und Arbeitswege des öfteren gekreuzt,

¹ Zs. f. bayer. Landesgesch. 41, H. 2 – 3, 1978, S. 613

² Michael Stürmer: Erdient, erdienert, oder erdiniert. Die Welt 24.03.2006; im Netz unter <https://www.welt.de/print-welt/artic-le205921/Erdient-erdienert-oder-erdiniert.html>

³ Rede von Kulturstatsministerin Grütters zu Ehren des Ordens pour le mérite, Berlin, 01. Juni 2015,

im Netz unter <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2015/06/2015-06-01-gruetters-orden-pour-le-merite.html>

⁴ Jan Heitmann: Für Tapferkeit und Mut. Preußische Allgemeine Zeitung Nr. 25, 21. Juni 2008, S. 4

tangiert, oder parallel entwickelt haben. Es war ja Karl Dietrich Bracher, der in dieser Zeit in seinen Seminaren zur Parteienforschung auf die Bedeutung Otto Kirchheimers und seines Idealtyps der „catch-all party“ – der [so nicht ganz zutreffend übersetzten] Allerweltpartei – des öfteren nachhaltig aufmerksam gemacht hat. Und es war auch Bracher, der am Beispiel der frühen Bundesrepublik den Wandel der Parteien von Weltanschauungsparteien zu Volksparteien thematisierte – und der heute sicherlich die Frage, ob denn die Volksparteien angesichts rapide sinkender Wählerzahlen am Ende seien, in einen multi-kausalen, europäisch-vergleichenden, auf die langfristige Wirkung ideengeschichtlicher, gesellschaftlicher und sozioökonomischer Strukturen über Zeit abstellenden Analyserahmen einbeziehen würde. Insofern schließt sich jetzt nach fünf Jahrzehnten ein Kreis, für dessen Anlage wir – und natürlich auch die Parteienforschung – dem Schwaben Bracher nicht genug danken können.

Es war Karl Dietrich Bracher, der in dieser Zeit in seinen Seminaren zur Parteienforschung auf die Bedeutung Otto Kirchheimers und seines Idealtyps der „catch-all party“ des öfteren nachhaltig aufmerksam gemacht hat.

Dem überkommenen Muster von Einführungen wie dieser folgend müsste ich Ihnen nun zwei akademisch-biographische Skizzen anbieten, die sich eingehender mit Werdegang und Leistungsprofil unserer beiden Vortragenden beschäftigen. Mit Blick auf die Uhr möchte ich jedoch zu einem eher perfiden pädagogischen Kniff aus meinen Vorlesungen Zuflucht nehmen: wir haben für Sie ein Handout über beide vorbereitet, in dem alles drinsteht, was Sie für die Klausur wissen müssen ...

Allerdings - zwei inhaltliche Schwerpunkte würde ich gern noch setzen:

Von der “catch-all party zur catch-fewer-and-fewer party”

1) Das wissenschaftliche Werk Ulrich v. Alemanns bietet in der kategorialen Grundausrüstung nicht nur Anknüpfungen an die Arbeiten Otto Kirchheimers vor allem aus den späten 50er und frühen 60er Jahren, sondern führt in seinen Fragestellungen und Empfehlungen für die politische Praxis auch weit über diese hinaus. Kirchheimers Grundthese war ja eher resignativ-pessimistisch: Als Antwort auf die inhärente Logik moderner Industrie- und Massengesellschaften, greifbar in der zunehmenden Konsumorientierung der Individuen und ihrer Loslösung von den konfessionellen, gesellschaftlich-politischen und sozioökonomischen Bindungen überkommener Milieus und schichten-spezifischer Orientierungsrahmen wandeln sich die klassischen Weltanschauungsparteien zu catch-all parties, zu Allerweltparteien. Diese richten ihre Programmatik immer weniger an ethisch-normativen Grundsätzen aus, sondern mehr und mehr an Stimmengewinn, Machterwerb und Machterhaltung. An die Stelle des Wettbewerbs fundamental unterschiedlicher Politikziele tritt die weichgespülte Konkurrenz prinzipiell vergleichbarer, allenfalls nach ihrer Verpackung, ihrem publizistisch-legitimatorischen Überbau noch auseinanderzuhaltender politischer Forderungen. Das naturgemäße Ende der Entwicklung ist die Große Koalition – Kurt-Georg Kiesinger, Erwin Teufel, Franz Vranitzky und Angela Merkel lassen schön grüßen ...

Kein Wunder – so von Alemann – dass angesichts dieser Entwicklung den Volksparteien das Volk wegläuft, dass sie vergreisen, weil gerade viele ihrer jungen Anhänger das Handtuch werfen. Der Dauerprozess der Modernisierung der traditionellen grossen Volksparteien scheint gekennzeichnet von der Logik der Unbeweglichkeit: Organisationskrise, Vertrauensverlust, Zweifel an der politischen Problemlösungskompetenz, Mobilisierungslücke – Fazit: Entfremdung des Wählers von der politischen Klasse. All diese Phänomene sind Indizien eines politisch-moralischen Führungsvakuums, das den Parteien ihre gesellschaftliche Sozialisations-, Orientierungs- und Steuerungsfunktion raubt, sie weitgehend zu Machterhaltungskartellen verkommen lässt.

Dafür gibt es Erklärungen: fortschreitende Individualisierung und Punktualisierung gesellschaftlicher Lebenszusammenhänge, Fragmentierung und Verkürzfristung von Orientierungsrahmen, Zerbröselung übergreifender Politikzielkataloge in single-issue Engagements mit gesteigertem ästhetischen, emotionalen, erlebnisorientierten Charakter, darstellbar auf jedem ipod-Bildschirm. Wir erleben einen Wandel der Medienwelt, greifbar nicht nur im Bedeutungsverlust klassischer Printmedien zugunsten netzwerkbasierter elektronischer Informations- und Gedankenaustauschwelten, sondern auch begleitet vom partiellen Niedergang sorgsamer journalistischer Recherche bei gleichzeitigem Aufstieg einer immer kürzeren Halbwertszeiten verpflichteten Skandalchen-Berichterstattung. Wären die geschilderten Phänomene nicht so fatal für das Funktionieren unserer repräsentativen Demokratie, könnte man sie als das Clausthale-Syndrom postindustrieller Governance bezeichnen: nicht immer, aber immer öfter agieren die Parteien im Windschatten der Spaßgesellschaft, im Hinter- oder gar Untergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit, die durch präsidiale bobby cars, copy & paste - Dissertationen politischer Entscheidungsträger, softwaremanipulierte Dieselmotoren, börsenzockende Clubpräsidenten oder die deflationäre Punktierung eines Fussball-Sommermärchens mit drohendem Kaisersturz ad nauseam in Anspruch genommen wird.

Gegenmittel: mehr Partizipation?

II) Freilich - es gibt auch Gegenmittel, die uns die Hoffnung in die Überlebensfähigkeit der Parteiendemokratie nicht ganz aufgeben lassen: der Ausbau bürgerlicher Teilhabe und politischer Partizipation in den Parteien selbst, in den gesellschaftlichen Verbänden, schliesslich in der Zivilgesellschaft. „Mehr Partizipation ist machbar, Herr Nachbar“ sagt von Alemann in einer schon etwas älteren Abhandlung⁵ – die grossen Volksparteien müssten ihre Glaubwürdigkeit wiedergewinnen, indem sie einmal mehr Empathie für die Nöte der Bürgerinnen und Bürger entwickelten, zum anderen aber auch die innerparteiliche Kommunikation auf eine breitere und stärkere Grundlage stellten, damit strategische Handlungsfähigkeit und politische Orientierungskraft in Übereinklang gebracht werden kann mit verbesserter Kommunikation und transparenterer Willensbildung.

⁵ Wie lassen sich die Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements ausbauen? - oder: Mehr Partizipation ist machbar, Herr Nachbar. In: Jörg Bogumil/Hans Josef Vogel (Hg.), Netzwerk: Kommunen der Zukunft. Eine Gemeinschaftsinitiative der Bertelsmann-Stiftung, der Hans-Böckler-Stiftung und der KGSt. Bürgerschaftliches Engagement in der kommunalen Praxis. Initiatoren, Erfolgsfaktoren und Instrumente. Köln 1999, S. 121 - 126

Und an dieser Stelle können wir unmittelbar an einen der wissenschaftlichen Arbeitsschwerpunkte Elmar Wiesendahls anknüpfen: die theoretische und empirische Erforschung der Grundlagen, gesellschaftlichen Verankerung, Organisationsstrukturen, Entscheidungsprozesse und des change management von Mitglieder- und Volksparteien zwischen Aufstieg, Krise, Niedergang und Zukunft⁶, die den Niedergangstopos durchaus auch kritisch beleuchtet⁷. Deutschlands Parteien, so Wiesendahl, sind repräsentativ-demokratische Delegierten- und Gremienparteien, organisiert in Formen der Stellvertreterdemokratie – und die dadurch bedingten Entscheidungsprozesse und Verfahren der innerparteilichen Willensbildung entsprechen nicht länger weder den nach einem Mehr an Entscheidungsteilhabe verlangenden Erwartungen der Mitglieder noch dem Wandel politischer Betätigungsformen der miteinander interaktiv elektronisch vernetzten, in Echtzeit (re-)agierenden Mitglieder moderner Informationsgesellschaften.

Notwendig für die politischen Parteien ist es daher, den Anschluss an gewandelte gesellschaftliche Erwartungshorizonte nicht zu verlieren – und der von Wiesendahl vielfach beschriebene Instrumentenkasten moderner Parteireformen⁸ setzt wesentlich auf mehr Mitgliederbeteiligung an der innerparteilichen Willensbildung, etwa durch Mitgliederentscheide und Mitgliederbefragungen, Öffnung der Parteien nach aussen, intensivere Nutzung öffentlicher Bürgerdialoge und virtueller Kommunikations- und Partizipationsformen. Nur wenn es den Parteien gelingt, Mitmach- und Eintrittshemmnisse abzubauen, niederschwellige Informations-, Zugriff- und Zugangsangebote zu machen, können sie im Wettbewerb mit aufwandsärmeren, spontaneren, zeitlich begrenzteren und erlebnisreicheren Formen bürgerschaftlicher Politikgestaltung und gesellschaftlicher Entscheidungsteilhabe weiter bestehen.

Ich verspreche Ihnen zwei hochinteressante, anregende Vorträge und danke Ihnen einstweilen für Ihre Aufmerksamkeit.

Professor Dr. Reinhard Meyers ■

⁶ Volksparteien. Aufstieg, Niedergang und Zukunft. Opladen 2011.

⁷ Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion. Wiesbaden 2006.

⁸ Knapper Überblick: Elemente des Erneuerns. Der Instrumentenkasten moderner Parteireformen, in: Die politische Meinung Nr. 530, 60.Jg. 2015, S. 54 - 59



Professor Dr. Ulrich von Alemann

Otto Kirchheimer – Mittler zwischen Staatslehre und Politikanalyse

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich sehr, dass ich heute Abend hier in der Landesvertretung Baden-Württemberg die Gelegenheit habe, den großen Otto Kirchheimer aus Heilbronn und sein Lebenswerk zu würdigen. Den Leiter der Vertretung, Herrn Andreas Schulze, bin ich dafür sehr dankbar.

Am Nachmittag des 24. November 2015, es war ein trockener Spätherbsttag, traf sich eine Gruppe von gut einem Dutzend Menschen am Eingang des jüdischen Friedhofs „Im Breitenloch“ in Heilbronn. Zwischen den gepflegten Gräbern ging man zu einem großen Grabstein mit der einfachen Inschrift „Otto Kirchheimer“. Der Oberbürgermeister Harry Mergel hielt eine kurze, würdige Ansprache zu dessen 50. Todestag, der gleichzeitig sein 110. Geburtsjahr markierte. Dabei waren Frau Toren von der jüdischen Gemeinde, sowie insbesondere die Gründungsmitglieder des Otto Kirchheimer-Preises e.V. Am Abend fand noch ein Festakt im historischen Schießhaus der Stadt Heilbronn statt.

Wer war dieser Otto Kirchheimer? Warum blieb er in seiner Geburtsstadt bisher weitgehend unbekannt? Wo er doch zu den Großen gehört, die diese Stadt hervorgebracht hat?

Otto Kirchheimer (1905 – 1965) wurde in Heilbronn geboren und dort auf dem jüdischen Friedhof nach seinem frühen Tod begraben. Grund genug, sich dieses großen Staatsrechtslehrers und frühen Politikwissenschaftlers zu erinnern. Lohnend ist dies aber nicht wegen der Routine runder Geburts- und Todesdaten, sondern weil einige seiner Hauptthesen immer noch frisch und aktuell bedenkenswert sind.

Die Kontinuität seines Geburtsortes mit seiner Grabstätte täuscht. Denn Otto Kirchheimer musste als junger marxistischer Jurist, zudem jüdischer Herkunft - obwohl nie religiös - im Januar 1933 sofort aus Deutschland emigrieren. Er schlug sich zunächst in Paris mehr schlecht als recht durch und ging 1937 mit dem Internationalen Institut für Sozialforschung von Max Horkheimer nach New York. Auch das wurde kein Zuckerschlecken, denn finanziell kam er so gerade über die Runden, und mit der „Kritischen Theorie“ von Horkheimer und Adorno kam er auch nicht richtig klar. Dazu war er ein zu unabhängiger Geist. Das besserte sich erst, als er ab 1942 mitten im Krieg eine Anstellung als Research Analyst am Office of Strategic Services erhielt. Es war wohl eine recht bizarre Behörde, ein Quentchen Geheimdienst, eine Prise think tank, der einige europäische Linksintellektuelle und Marxisten, beispielsweise Herbert Marcuse, angehörten, um das demokratische Europa der Nachkriegszeit zu entwerfen. Sie konnten nun ihren Lebensunterhalt bestreiten, aber nicht unabhängig publizieren. Viele Papiere landeten in wohlverschlossenen Schubladen, manche bis heute.

Erst in den 50er Jahren erhielt Kirchheimer eine Professur, am Ende an der renommierten Columbia Universität in New York. Beim rastlosen Pendeln zwischen diesem Arbeitsort und dem Wohnort Washington erlag er einem plötzlichen Herzinfarkt und wurde auf seinen ausdrücklichen Wunsch in Heilbronn begraben.

Kindheit, Jugend und Studium

Die Kindheit und Jugend von Otto Kirchheimer sind wohl nicht sehr glücklich gewesen angesichts seiner so viel älteren Geschwister, und erst recht natürlich nach dem Tod seiner Eltern. Nach seiner Schulzeit in Heilbronn ließen ihn seine Geschwister auf einer Privatschule in Ettenheim seine Gymnasialzeit weiterführen und auch beenden.

Ein Jugendfreund, Eugen Amschel, und Otto waren Mitglieder eines deutsch-jüdischen, nicht-zionistischen Wanderbundes. An einem Wochenende kamen sie auf einer Wanderung in einen kleinen Ort in der Eifel, wo am Sonntag schon alle Geschäfte geschlossen waren. Sein Freund Amschel berichtet später:

„Wir waren alle müde, kalt, durchnässt und hungrig. Unsere Tornister waren ziemlich leer. In einem Saal des Schulhauses, wo wir untergebracht waren, wurde beraten, wie man allen 50 bis 60 Kameraden Essen beschaffen könne. Otto hatte einen großartigen Gedanken, der offenbar von seiner sozialistischen Überzeugung ausging: Alle sollten vorhandene Lebensmittel auf einem Haufen im Saale zusammentragen. Er, Otto, teilte danach mit einem Stabe die Fressmaterialien in genauso viele Teile wie Gruppen vorhanden waren. Das Ergebnis dieser Planwirtschaft war, dass eine Gruppe Brot hatte, die andere Käse, die dritte Gemüsekonserven, die vierte Butter usw. Otto kratzte sich den Kopf: Mit schematischem ‚Sozialismus‘ ging es anscheinend nicht, und ärgerlich warf er seinen Stab in die Ecke. Die Essensfragen wurde dann schließlich aufgrund marktwirtschaftlicher Vereinbarungen und Austausch zwischen den einzelnen Gruppen gelöst.“

Otto hatte einen großartigen Gedanken, der offenbar von seiner sozialistischen Überzeugung ausging: Alle sollten vorhandene Lebensmittel auf einem Haufen im Saale zusammentragen.

Er blieb Zeit seines Lebens mehr auf das Geistige, als auf das Praktische im Leben konzentriert. So erzählt sein Freund Eugen Amschel von einem Besuch bei sich zuhause: „Meine Mutter hatte einen Teller mit Gebäck auf den Tisch gestellt. Otto langte zu, während sein Geist sich in höheren Regionen bewegte, und als meine Mutter wiederkam, war der Teller leer... Meine Schwester und eine Cousine kamen auf den Gedanken, ihm einen Streich zu spielen. Sie legten Pralinen auf den Teller, die statt mit Likör mit Essig gefüllt waren. Jedoch, der Gedanke an Plato überkam dem Essig. Ohne mit der Miene zu zucken verzehrte Otto die Essigpralinen. Die Idealvorstellungen waren stärker, als die sauren irdischen Verhältnisse.“

Und so blieb es auch noch später als er bereits an der Columbia University lehrte, wie sich ein alter Kollege von ihm John H. Herz erinnerte: „Ich erinnere mich an eine Erzählung seiner Studenten, wo er an der Columbia University, beleibt und massiv wie er war, mitsamt seinem Katheter umfiel. Noch im Fallen sprach er weiter, und die Vorlesung wurde nicht unterbrochen. Wieder einmal hatte der Geist über die armseligen Bedingungen des täglichen Lebens gesiegt.“

Kirchheimer studierte Rechtswissenschaft und auch das junge Fach Soziologie an den Universitäten in Münster, Köln, Berlin und ab dem WS 1926/27 in Bonn, um dort bei Carl Schmitt 1928 zu promovieren. Kirchheimer bei dem eher rechtskonservativen Carl Schmitt, dem später berühmten „Kronjuristen des 3. Reiches“. Wie ging das denn zusammen? Ein marxistischer Jungsozialist und Carl Schmitt?

Mehr noch, Otto Kirchheimer gehörte neben anderen Sozialdemokraten sogar zu den Lieblingsschülern Schmitts, der in seinem Tagebuch notierte: „Abends Seminar, nett, besonders Kirchheimer“ (23.6.1927). Die Erklärung dieser geistigen Nähe, die uns heute befremdlich erscheint, liegt nahe, denn beide waren damals entschieden gegen Liberalismus, Pluralismus und Parlamentarismus. Mit Kirchheimers Dissertation „Zur Staatslehre des Sozialismus und Bolschewismus“ konnte Schmitt schon weniger anfangen, er schrieb nur ein knappes Gutachten und notierte in seinem Tagebuch: „Kirchheimer mangelt jedes Nationalgefühl, grauenhaft“ (25.2.1928).

Otto Kirchheimer begann nach der Promotion sein Referendariat und publizierte nebenbei, so im Frühjahr 1932 in der sozialistischen „Gesellschaft“ den Aufsatz „Legalität und Legitimität“. Schmitt klappte kurzerhand den Titel von seinem Schüler und veröffentlichte im selben September eine gleichnamige Schrift, die Kirchheimer umgehend lobte: „Wenn eine spätere Zeit den geistigen Bestand dieser Epoche sichtet, so wird sich ihr das Buch von Carl Schmitt über Legalität und Legitimität als eine Schrift darbieten, die sich aus diesem Kreis sowohl durch ihr Zurückgehen auf die Grundlagen der Staatstheorie als auch durch ihre Zurückhaltung in den Schlussfolgerungen auszeichnet.“ Schon merkwürdig, ausgerechnet dem scharfzüngigen Schmitt eine Zurückhaltung in den Schlussfolgerungen zu attestieren. War das schon Ironie? Möglicherweise war ihr Verhältnis von der Devise bestimmt: Du bist rechts, ich bin links, aber wir respektieren uns als Revolutionäre. Der Bruch zwischen beiden kam sofort 1933 mit Kirchheimers Emigration.

Hersteller politischer Analysen

Kirchheimer hat über vieles geschrieben und nachgedacht. Ihn interessierte auch die Rechtsdogmatik, aber er war alles andere als ein Dogmatiker im landläufigen Sinne. Er hat kein System geschaffen, keine Schule gegründet, keine ehernen Gesetze formuliert, wie beispielsweise der frühe Parteienforscher Robert Michels mit seinem ehernen Gesetz der Oligarchie. So nannte er sich selbst bescheiden, aber sicher auch mit kalkulierte Unterstatement einen „Hersteller politischer Analysen“. John H. Herz, ein berühmter Theoretiker der Internationalen Beziehungen und langjähriger Weggefährte Kirchheimers notierte über ihn: „Was ihn als Wissenschaftler vor allem auszeichnete, war sein untrügliches Gefühl für das politisch Relevante, eine zuweilen fast unheimliche Fähigkeit, aus dem Strom der Ereignisse das Entscheidende herauszufischen und zu analysieren. (...) So machte er (...) es sich zum ‚Geschäft, grundlegende Mechanismen der politischen Ordnung und Unordnung aufzudecken, wobei, die Vordringlichkeit der Kritik nicht die Konstanz der Zielvorstellung – Schaffung menschenwürdiger und sinnvoller Zustände – überschatten sollte“ (John H. Herz 1986, S. 17). Schaffung menschenwürdiger Zustände, das war sein Credo, das war auch der normative Restbestand seiner sozialistisch-marxistischen jungen Jahre.

Recht durchdringt die Politik und die Politik das Recht

Kirchheimers einzige große Monographie entstand nach seinem Abschied vom Office of Strategic Services Mitte der 50er Jahre, als er endlich Professor war und seine Produktivität geradezu explodierte: *Political Justice*. Politische Justiz liegt nach Kirchheimer vor, „wenn Gerichte für politische Zwecke in Anspruch genommen werden, so dass das Feld politischen Handelns ausgeweitet und abgesichert werden kann. Die Funktionsweise der politischen Justiz besteht darin, dass das politische Handeln von Gruppen und Individuen der gerichtlichen Prüfung unterworfen wird. Eine gerichtliche Kontrolle des Handelns strebt an, wer seine eigene Position festigen und die seiner politischen Gegner schwächen will“.

Er selbst äußerte sich ironisch über sein großes Werk: „Letztes Jahr ein dickes Buch über Politische Justiz bei der Princeton University Press geschrieben, was die meisten nicht lesen, weil es zu umständlich ist, und den meisten, die es lesen, keinen Spaß macht, weil es unangenehm ist“. Es ist ein großer Wurf, aber auch ein sperriges Teil, das er der Wissenschaft, aber auch der Politik vor die Füße legt. Denn es herrschte allenthalben noch der Kalte Krieg, und die SPIEGEL-Affäre fand 1962, genau zwischen der Publikation der amerikanischen und deutschen Version statt. In der deutschen Staatsrechtslehre wurde sein Werk sehr beachtet. So war er noch 1964, ein Jahr vor seinem Tod, Gast des 45. Deutschen Juristentages in Karlsruhe und diskutierte unter anderem mit Horst Ehmke und Ernst Fraenkel seine Thesen (München/Berlin 1965).

Die Botschaft Kirchheimer ist nicht nur der Missbrauch des Rechts für un-demokratische Politik, wie im Nationalsozialismus, aber auch ganz aktuell in jungen osteuropäischen Demokratien der EU, wo Verfassungsgerichtsbarkeit und Medienrecht für politische Zwecke instrumentalisiert werden. Er diagnostizierte auch eine wachsende Durchdringung staatlicher, öffentlicher und privater Institutionen in bisher intakten Demokratien, die sich nicht nur auf präventive Verschärfungen bei staatlichen Organen und Verfahren, sondern auch auf innerorganisatorische Maßnahmen in Gewerkschaften, Parteien oder privatwirtschaftlichen Betrieben ausdehnen.

„Diese Kontrollen werden von der Bevölkerung nicht etwa empört zurückgewiesen, sondern gebilligt. Als Ursache dieses Wandels der öffentlichen Meinung macht Kirchheimer die Entstehung moderner Massenmedien verantwortlich, die zur Entpolitisierung und Vereinheitlichung beitragen“ (so Schale 2006, 286).

Das Zitat zeigt die Hell- und Weitsichtigkeit Otto Kirchheimers. Denn gerade diese gesellschaftliche Durchdringung aller Sphären erleben wir im Google-Zeitalter. Dave Eggers hat in seinem Roman „Der Circle“ kürzlich (2014) aufgezeigt, wie Kontrollen der täglichen Arbeit und des Alltags nicht zurückgewiesen, sondern freudig gebilligt werden. Sogar das Asylrecht, das uns heute so umtreibt, wird von Kirchheimer bereits mitbehandelt, was bei einem, der Exil und Emigration selbst erlebt hat, naheliegt. Damit haben wir die erste seiner

Thesen formuliert, die noch heute Bestand hat und noch lange nicht ausdiskutiert ist: Die Verrechtlichung aller Lebensbereiche führt zur scheinbaren Entpolitisierung. Recht durchdringt die Politik und die Politik das Recht, demokratische Legitimation erodiert.

Verfall der parlamentarischen Opposition

Aber es gibt noch mindestens zwei andere Kernthesen Kirchheimers aus den 50er und 60er Jahren, die ich mindestens für so aktuell und brisant halte: Zur Opposition und zu den politischen Parteien. Obwohl die Politische Justiz zum Hauptwerk Kirchheimers zählt, ist er in den Sozialwissenschaften ungleich bekannter durch seine Analysen der Parteienentwicklung und der parlamentarischen Opposition. Kirchheimer hat seine Oppositions- und Parteientheorie nie in systematischer Buchform, nie in ausführlicher empirischer Analyse mit Hilfe von Daten aus Längsschnitt- und Querschnittsforschungen der vergleichenden Politikwissenschaft ausgearbeitet. Es handelt sich eher um gelehrte Essays illustriert mit Beispielen aus der europäischen und amerikanischen Politikentwicklung der letzten Jahre, insbesondere aus Deutschland, Österreich, Frankreich und den USA.

Und dennoch waren seine Analysen und Thesen nicht weniger einflussreich in den letzten Jahrzehnten der Parteienforschung als etwa die Klassiker. Das ist ein Phänomen: Mir ist kein vergleichbar wichtiges sozialwissenschaftliches

Kirchheimer hat keinesfalls einen genialen Geistesblitz flugs niedergeschrieben, sondern über ein Jahrzehnt an seinen Thesen gefeilt, umformuliert und verfeinert.

Theorem aus der jüngeren Politikforschung bekannt, dass sich allein auf zwei oder drei Essays des Verfassers zurückführen lässt. Dabei hat Kirchheimer keinesfalls einen genialen Geistesblitz flugs niedergeschrieben, sondern über ein Jahrzehnt an seinen Thesen gefeilt, umformuliert und verfeinert. Nie ist ein fertiges Theoriesystem, ein abgeleitetes Konvolut von Definitionen, Hypothesen und Aussagesätzen aus seinen Ideen entstanden. Das war nicht sein Ding. Er blieb, wie

das schon John Herz ausgedrückt hatte, der Anreger, der Skizzen auf dem Reißbrett hinwarf. Den Bau des schlüsselfertigen Theoriegebäudes überließ er den Statikern und Statistkern, den Bauingenieuren und Systemhandwerkern.

Kommen wir so zur zweiten Kernthese Kirchheimers, die noch heute Bestand hat: das Schwinden der Opposition. Anschauungsunterricht konnte er in den 50er Jahren bereits bei der Großen Koalition in Österreich nehmen, wo die Opposition in der parlamentarischen Demokratie zur einer quantite negligible geschrumpft war. In der Bundesrepublik Deutschland bahnte sich schon seit 1961 eine Große Koalition an, deren erste dann tatsächlich ein Jahr nach seinem Tod installiert wurde. Auch in Österreich hat man sich heutzutage wieder in eine Große Koalition geflüchtet, und in Deutschland existiert im Jahre 2016 bereits die dritte ihrer Art, wenn auch lange nicht mehr so „groß“ wie die erste. Verfügten doch 1969 die beiden großen Volksparteien CDU/CSU und SPD über gemeinsam über rund 87 Prozent der Stimmen, 2013 aber nur noch über 67 Prozent. Also müsste die Opposition heute aus GRÜNEN und LINKER doch ungleich schlagkräftiger sein, als 1969 die kleine FDP, als prompt

eine „Außerparlamentarische Opposition“ (die Apo) entstand. Ist sie das? Man hat nicht den Eindruck, dass der klassische politische Schlagabtausch im Bundestag stattfindet unter gespannter Anteilnahme der Öffentlichkeit, wie in der Mutter der Parlamente und der Geburtsstätte der Opposition, im britischen Unterhaus in Westminster.

So lautet die zweite Kernthese Kirchheimers: Der Niedergang, die Abdankung oder gar der Verfall der parlamentarischen Opposition lässt nur „ein bestimmtes Maß parteipolitischen Wettbewerbs (übrig), dessen Widerhaken durch das alles durchdringende Verhandeln auf bürokratischer statt auf politischer Ebene stumpf geworden sind“ (Kirchheimer 1966, 83).

Catch-all parties und der Niedergang der Volksparteien

Ungleich prominenter in der Parteienforschung und -theorie ist die dritte Kernthese Kirchheimers geblieben, die Umwandlung der weltanschaulich und in sozialen Milieus fest verwurzelten Massenintegrationsparteien zu catch-all parties, zu Allerweltparteien - oder wie wir heute unpräzise sagen würden - Volksparteien. Otto Kirchheimer hat den Terminus catch-all party erfunden und geprägt, den er selbst manchmal mit der deutschen Bezeichnung Volkspartei gleichsetzte, und der im Deutschen von ihm mit dem Begriff „Allerweltpartei“ eher unzureichend übersetzt wird. Denn catch all heißt: Wir nehmen alle, wir sind eine Partei der Stimmenmaximierung. Allerweltpartei stellt eher auf Profillosigkeit, Entideologisierung, Programmlosigkeit und Graumäusigkeit ab. Aber wie auch immer, er hat es so übersetzt.

Die dritte Kernthese Kirchheimers: die Umwandlung der weltanschaulich und in sozialen Milieus fest verwurzelten Massenintegrationsparteien zu catch-all parties, zu Allerweltparteien.

Die Massenintegrationspartei der Vergangenheit sei damit passé. Sie band die Mitglieder ein in ihre Organisation mit Teilhabe an der politischen Willensbildung in Programm und Politik und schließlich auch in die Führungsauswahl. Und sie bot ein wärmendes soziales Milieu nicht nur mit Parteiabenden, sondern auch einer Fülle von Vorfeldorganisationen: Gewerkschaften, Sportvereine, Massenmedien, Frauen- und Jugendorganisationen, Bildungseinrichtungen usw. Man konnte von der Wiege bis zur Bahre im Partei Umfeld leben. Prägnanteste Beispiele waren dafür in Europa die deutsche Sozialdemokratie und das katholische Zentrum, die eine auf Klassen-, die andere auf Konfessionsbasis.

Was meinte Kirchheimer nun konkret mit seiner catch-all party? Trotz Fehlens einer präzisen Definition hat er doch fünf Bedingungen für das Entstehen von Allerweltparteien formuliert:

- a) „Radikales Beiseiteschieben der ideologischen Komponenten einer Partei: (...) die absolute Vorrangigkeit kurzfristiger taktischer Überlegungen;
- b) weitere Stärkung der Politiker an der Parteispitze, was sie tun oder unterlassen, wird jetzt nicht mehr vom Standpunkt ihres Beitrages zur Wirksamkeit des ganzen gesellschaftlichen Systems angesehen und nicht danach, ob sie mit den Zielen der jeweiligen Parteiorganisation übereinstimmen;

-
- c) Entwertung der Rolle des einzelnen Parteimitglieds; diese Rolle wird als historisches Überbleibsel angesehen, das das Bild der neu aufgebauten Allerweltpartei in ein falsches Licht setzen kann;
 - d) Abkehr von (...) einer Wählerschaft auf Klassen- oder Konfessionsbasis, statt dessen Wahlpropaganda mit dem Ziel, die ganze Bevölkerung zu erfassen;
 - e) das Streben nach Verbindungen zu den verschiedensten Interessenverbänden. (...) Der Hauptgrund ist die Gewinnung von Wählerstimmen, wobei die Interessengruppen als Mittler dienen.“

Wir reiben uns die Augen: Ist dies nicht genau das, was Merkel und Gabriel heute tun? Weg mit der Ideologie, Vorrang der Taktik? Stärkung der Parteiführung, Entwertung des Parteimitglieds? Auch wenn das nicht immer reibungslos klappt, wie zuletzt für Gabriel auf dem SPD-Parteitag im letzten Dezember. Bestätigt nicht der Aufschrei in den Medien genau Kirchheimers These? Sind nicht seit langem die sozialen Milieus der Parteien erodiert? Stattdessen Wahlkampf als Stimmenmaximierung gerichtet an die gesamte Wählerschaft? Nur noch lose Bündnisse mit Interessengruppen, keine Lebensbund von SPD und Gewerkschaften, Union und katholischer Kirche?

Kein Wunder, dass an den Rändern der Allerweltparteien sich neue Gruppierungen als Parteien etablieren, die von den Profilverlusten der Volksparteien profitieren. Die SPD musste das seit den 80er Jahren schmerzlich mit den Grünen erleben und in den 90ern mit der PDS/Linkspartei. Die Union hat zwar die FDP, die noch 2009 mit fast 15 Prozent triumphierte, seit 2013 mit Merkels allumfassender politischer Geste vorläufig aus dem Bundestag drängen können, aber in den Landtagen hat sie wieder aufgeholt und kann für die nächste Bundestagswahl noch lange nicht totgesagt werden. Dies gilt erst recht für die neue politische Konkurrenz von rechts, die Alternative für Deutschland, die sich im Herbst 2016 in zweistelligen Umfragewerten sonnt.

Eines hätte sich Kirchheimer allerdings sicherlich nicht träumen lassen: Dass im Ursprungsland der catch-all parties, in den USA, eine Reideologisierung eintreten könnte, wie wir sie derzeit fast sprachlos beobachten. Barack Obama hat zwar als Präsidentschaftskandidat die Latte der Werte und Visionen so hoch gehängt, dass er im Amt diesen hohen Ton reißen musste. Insofern ist er zum Pragmatismus zurückgekehrt. Aber die Republikaner haben seit Ronald Reagan und George W. Bush die historische Mission der USA unermüdlich höher geschraubt, bis sie von ihrer eigenen Truppe aus tea party und christlichen Fundamentalisten weit rechts überholt wurden. Hier stimmt die These von der Allerweltpartei genauso wenig, wie in vielen europäischen Ländern, wo Rechts- und Linkspopulisten die stärksten Parteien stellen, sogar in der betulichen Musterdemokratie Schweiz. Wenn nun trotz der Reideologisierung in den USA ein Präsidentschaftskandidat wie Donald Trump sich durch den Wahlkampf holzt, pöbelt und polemisiert, dann wirkt das wie Hohn auf die Rückkehr der family values, wie die tea-party-Ideologen sich das vorgestellt hatten.

Ein brillanter Denker der Staatslehre und Politik

Staatslehre und Politikwissenschaft haben Kirchheimers Thesen lange begierig aufgesogen, dann kritisch in Frage gestellt und vom Niedergang der Volksparteien, von den Volksparteien im Abstieg gesprochen. Auch methodisch wurde seine essayistische Publizistik zunehmend als doch eher anekdotisch abgeschätzt. Und das ist die höfliche Höchststrafe, die ein empirischer Sozialwissenschaftler einem Kollegen anhängen kann, der eher die große Erzählung liebt.

Trotz mancher, sicherlich auch zeitbezogen berechtigter Kritik: Otto Kirchheimer bleibt ein Solitär, ein strahlender brillanter Denker der Staatslehre und Politik. Aber auch ein Lehrer und Mahner, der zahlreiche Krisen und Verwerfungen der politischen Entwicklung, sei es im Strafrecht oder in der Asylpolitik, sei es in der politischen Justiz oder der Kriminologie vorgedacht und nachgedacht hat. Was hat er nicht alles in der Parteienforschung geahnt und früh artikuliert: Die Erosion der politischen Opposition, die nicht mehr grundsätzliche Alternativen aufzeigen kann, da die Regierung dekretiert: Es gibt keine Alternative. Die Beeinträchtigung der klassischen Gewaltenteilung und des Rechtsstaates. Die Erosion des Parlamentarismus und der Demokratie im Sinne einer „Postdemokratie“ (Colin Crouch), auch wenn viele dieser Thesen überzogen scheinen. Den „party decline“, der in den westeuropäischen Staaten mit Rückgang von Wahlbeteiligung, Parteimitgliedschaft und Ansehen der Parteien einhergeht. Die Entwicklung zu „Kartellparteien“ (Katz/Mair), die ihre Verwurzelung in der Wählerschaft verlieren. Die Personalisierung und Professionalisierung der großen Parteien, die dadurch die Bodenhaftung zu ihren alten Milieus und ihren Mitglieder- und Wählerschaften einbüßen. Die Zunahme von Entpolitisierung, politischer Apathie und Entfremdung in der Bevölkerung.

Otto Kirchheimer bleibt ein Solitär, ein strahlender brillanter Denker der Staatslehre und Politik. Aber auch ein Lehrer und Mahner, der zahlreiche Krisen und Verwerfungen der politischen Entwicklung vorgedacht und nachgedacht hat.

So soll Kirchheimer am Schluss noch einmal etwas ausführlicher zu Wort kommen mit Sätzen, die geradezu aus dem Strategiebuch von Angela Merkel ausgeplaudert sein könnten. Sie hielt sich auch gerne als Überkanzlerin von parteiichen Sonderinteressen fern und strapazierte und irritierte dadurch ihre eigene Unionsanhängerschaft – mit dem Risiko, beliebig zu werden. Dann war vor einem Jahr in der Flüchtlingskrise Schluss mit Merkels Beliebtheit und nun ist ihre Anhängerschaft erst recht irritiert. Aber nun zum Zitat von Otto Kirchheimer von 1965:

„Diese Aufgabe – über Gruppeninteressen hinauszugehen und eine Vertrauensstellung bei der ganzen Nation zu erwerben – bringt der Allerweltpartei Vorteile, aber gleichzeitig enthüllt sie auch eine Schwäche. Wenn die Politik sich von Sonderinteressen fernhält, vergrößert sie ihre Erfolgsaussichten bei der Wählerschaft, aber es ist unvermeidlich, dass dadurch auch die Intensität der Anhänglichkeit, die sie erwarten kann, sinkt. Wenn die Partei eine Organisation ist, die weder Schutz für eine gesellschaftliche Position bietet, noch als ein Ankerplatz für intellektuelle Anliegen gilt und kein Bild für die Gestaltung der Zukunft besitzt, wenn sie statt dessen eine Maschine für kurzfristige und nur von Fall zu Fall auftauchende politische Alternativen wird, dann setzt sie sich den Risiken aus, denen sich alle Hersteller von Verbrauchsgütern gegenübersehen: die Konkurrenz bringt fast den gleichen Artikel heraus – in noch besserer Verpackung“ (Kirchheimer 1965, S.36).

Kirchheimer blieb Heilbronner

Otto Kirchheimer hat das Leben geliebt und genossen: „Otto liebte Wein, Bücher, Bilder und Natur“, erinnert sich John H. Herz an ihn. Er hasste Schwätzer und Eitelkeiten. Er war immer sehr offen und konnte auch einmal grob werden. Wenn es seiner Frau, die ihn nicht nur chauffierte, denn er hatte nie einen Führerschein, sondern auch seine Finanzen, seine Schriften und seine vielen Besuche im offenen Haus am Waldrand versorgte, bei ihren Spazierfahrten mit seinen Granteleien zu bunt wurde, setzte sie ihn kurzerhand im Wald ab und nahm ihn nach einer halben Stunde abgekühlt und guter Laune wieder auf.

Sein früher Tod war tragisch. Von seinem Haus am Rande von Washington D. C. wurde er wie immer von seiner Frau zum Flughafen chauffiert. Aber es war eilig und hektisch wie immer. Ein Herzanfall ereilte ihn, und so ist er im Alter von 60 Jahren plötzlich verstorben.

Er wurde in Washington eingeäschert, aber auf seinem ausdrücklichen Wunsch hin in Heilbronn neben dem Grab seiner Eltern beerdigt. Obwohl er seit 1943 amerikanischer Staatsbürger geworden war, blieb er doch immer ein Stückweit ein Deutscher oder auch besser gesagt ein Europäer – und auch ein Baden-Württemberger. Auch an seinem deutlichen deutschen Akzent im amerikanischen konnte man dies hören. Sein Grabmal auf dem jüdischen Friedhof in Heilbronn wurde eingangs erwähnt. Am Abend dieses 24. Nov. 2015 fand dann im repräsentativen Schießhaus von Heilbronn ein Festakt statt, der mit einer Begrüßung durch Oberbürgermeister Harry Mergel begann. Harald Friese, der ehemalige Bürgermeister von Heilbronn, stellte den neu gegründeten Otto Kirchheimer-Preis e.V. vor. Durch diesen Preis, der alle zwei Jahre erneut vergeben werden soll, wird dank der Stiftung durch das Ehepaar Friese die Erinnerung an den großen Sohn der Stadt Heilbronn, Otto Kirchheimer, am Leben erhalten.

Professor Dr. Ulrich von Alemann ■



Professor Dr. Elmar Wiesendahl

Otto Kirchheimers Volksparteien – nach 50 Jahren noch aktuell?

Sehr geehrte Frau Hotz-Friese,
sehr geehrter Herr Friese,
sehr geehrte Damen und Herren,

unter den zahlreichen Veröffentlichungen von Otto Kirchheimer sticht ein Aufsatz mit dem Titel „Der Strukturwandel des westeuropäischen Parteiensystems“ hervor, den er 1965/66 sowohl einer deutsch- als auch englischsprachigen Leserschaft zugänglich machte*. Dieses historisch erfahrungsgesättigte und analytisch brillante Meisterstück der Parteienforschung über den Aufstieg der Volksparteien ließ ihn dauerhaft zu einen der Großen der Parteienforschung aufsteigen. Ihm ist es zu verdanken, dass die Volkspartei, die catch-all party, für die Parteienforschung zu einem Epoche prägenden Parteityp der Nachkriegszeit und der gesellschaftlichen Moderne wurde.

So wie Kirchheimer die typologische Phänomenologie der Volkspartei herausarbeitete und ihren Aufstieg aus gesellschaftlichen Umbruchverhältnissen herleitete, hat dies wiederholt kontroverse Diskussionen unter Parteienforschern ausgelöst, die aber seinen Kernaussagen nichts anhaben konnten. Gleichwohl stellt sich nach mehr als einem halben Jahrhundert Fortgang der Entwicklung und dem Auftreten neuer gesellschaftlicher Wandlungstrends die Frage, was mit Kirchheimers Volkspartei-Konzept den heutigen Verhältnissen und dem Zustand des Parteiwesens noch Erhellendes abzugewinnen ist. Oder anders gefragt: liefert die Volkspartei immer noch eine taugliche Richtschnur zur Erschließung der Gegenwart, oder ist die Zeit über die Volkspartei, so wie sie Kirchheimer in die Debatte einbrachte, hinweggegangen und gehört längst zu einer überholten Entwicklungsphase des modernen Parteiwesens.

Um meine Antwort darauf vorweg zu nehmen: Entgegen dem Mainstream der heutigen Parteienforschung, der der These eines erneuten entwicklungstypologischen Epochenwandels anhängt, bin ich der Überzeugung, dass die Volkspartei/catch-all party erst in jüngerer Zeit ihr von Kirchheimer vorhergesagtes Eigenschaftsprofil und ihre davon herrührenden Wirkungen vollends entfaltet. Kurzum hat die Kirchheimer'sche Volkspartei uns für die Erhellung des gegenwärtigen kritischen Entwicklungsstands der Parteien noch sehr viel zu sagen und gehört nicht zum alten Eisen.

Um meine zum Mainstream quer liegende These nachvollziehbar zu machen, stelle ich zunächst in Kurzform Kirchheimers Kernaussagen zur Formgestalt und dem Aufstieg der Volksparteien in Westeuropa dar und zeige dann auf,

* Otto Kirchheimer, Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems. In: Politische Vierteljahresschrift, 6. Jahrgang, 1965, S. 20-41
Otto Kirchheimer; The Transformation of the Western European Party Systems. In: Joseph Laparombara, Myron Weiner (Hrsg.), Political Parties and Political Development. Princeton 1966, S. 177-200

wie diese in der Parteienforschung aufgegriffen und partiell zurückgewiesen wurden. Den Überblick beende ich mit dem Fokus auf die jüngere Party-Change-Forschung, die davon ausgeht, dass die Volksparteien durch einen neuen Epochentypus verdrängt worden seien. Mir ist wichtig, dann hervorzuheben, dass Kirchheimer mit seiner „catch-all party“ bzw. „(echten) Volkspartei“ einen Parteityp beschreibt, der sich im Profil und der Funktionsweise nicht mit den realen Volksparteien deckt, die bis zur deutschen Einheit in der alten Bundesrepublik Epoche prägend waren. Erst mit weiteren einschneidenden Struktur- und Funktionswandlungen nahmen in jüngerer Zeit die älteren Volksparteien den Charakter an, der Kirchheimer mit seiner catch-all party vor Augen schwebte.

Gesellschaftliche Moderne und Aufstieg der Volkspartei

Otto Kirchheimers Aufsatz steht für eine grundlegende Neuansicht des Entwicklungsprozesses, den die Parteien in Westeuropa in der Nachkriegszeit durchmachen würden. Dabei würde ein neuartiger Entwicklungstyp von Partei, die Volkspartei/catch-all party, Epoche prägend werden, der den älteren, vormals vorherrschenden Typ der Massenintegrationspartei auf Klassen- und Konfessionsbasis verdrängen würde. Diese nicht aufzuhaltende Transformation des hergebrachten Parteiwesens leitet Kirchheimer hellstichtig aus gesellschaftlichen Wandlungstrends her, die den Aufstieg der Volkspartei als adäquaten Entsprechungstyp der Moderne hervorrufen würden.

Otto Kirchheimers Aufsatz steht für eine grundlegende Neuansicht des Entwicklungsprozesses, den die Parteien in Westeuropa in der Nachkriegszeit durchmachen würden.

Den Strukturwandel der westeuropäischen Nachkriegsgesellschaften macht Kirchheimer an solchen Faktoren wie dem angestiegenen wirtschaftlichen Wohlstand und der mit dem Ausbau des Wohlfahrtsstaats erzielten sozialen Sicherheit fest. Die alten Klassenspannungen hätten sich dadurch entschärft und durch die Hinwendung zum Massenkonsum überlagert. Gleichzeitig unterlägen die Nachkriegsgesellschaften einer „Phase der Entideologisierung“ (S. 29), welche der Politik ihre ideologische Stoßrichtung nähme. Säkulare Vorstellungen würden die aus den alten Konfessionsstrukturen herrührenden Spannungen auflösen.

Kirchheimers Gesellschaftsdiagnose greift grundlegende soziale, wirtschaftliche und kulturelle Wandlungsphänomene der hochindustrialisierten westlichen Nachkriegsgesellschaften auf und setzt sie an den Anfang seiner Analyse. Dass er dabei von der US-amerikanischen „End of Ideology“- und der aufziehenden „The Coming of Post-industrial Society“-Debatte beeinflusst wird, ist offenkundig. Die westlichen Industrieländer im durchgängigen Umbruch zur Moderne lassen ihn zudem behaupten, dass sich der daraus resultierende Aufstieg der Volkspartei in ganz Westeuropa abspielen müsse. Denn der nicht aufhaltbare Siegeszug der Volkspartei sei ihrem auf die neuen Verhältnisse zugeschnittenen Wettbewerbsvorteil geschuldet. An einer „Anerkennung der Marktgesetze“ (S. 26f) kämen die alten Klassen- und Konfessionsparteien nicht vorbei. Ihr Verschwinden wäre vorgezeichnet, wenn sie sich nicht an den „Stil“ der neuen Volkspartei anpassen würden.

Mit diesem Erklärungsansatz weist sich Kirchheimer als ein Hauptvertreter der soziologischen Party-Change-Forschung aus. Parteien wandeln sich nicht aus eigenem Antrieb, sondern es sind externe gesellschaftliche und politische Wirkkräfte, die einen Epochensprung in der Entwicklung des modernen Parteiwesens herbeiführen. Wie man sich solch eine Metamorphose oder Transformation von Parteien organisatorisch vorzustellen hat, wer die treibenden Kräfte sind, interessiert Kirchheimer von dieser Warte aus nicht weiter. Genauso wenig wie die Volkspartei nicht plötzlich auf der Bildfläche auftaucht, sondern, wie bei der älteren Klassenpartei SPD oder der Weltanschauungspartei Zentrum, aus gewachsenen Strukturen hervorgeht. Ganz abschütteln kann infolgedessen die Volkspartei diese Strukturen nicht, sodass sie nicht als Volkspartei in Reinform aufsteigt, sondern eine Mischform bildet.

Das Eigenschaftsprofil der Volkspartei

Die Volkspartei ist für Kirchheimer in ihrer Form, ihrer inneren Machtverteilung, ihrer Programmatik, ihrer Wähleransprache und ihrem taktischen Verhalten ganz auf die Neubestimmung ihres Machtstrebens und ihrer Beziehung zur Wählerschaft ausgerichtet. Ihr Ziel ist, über Einsatz aller erfolgsversprechenden Möglichkeiten strategisch kurzfristig, unmittelbar am „Wahltag die größtmögliche Zahl von Wählern für sich zu gewinnen“ (S. 34). Um dies zu verwirklichen, lässt sie von dem Bestreben ab, „sich die Massen geistig und moralisch einzugliedern, und lenkt ihr Augenmerk in stärkerem Maße auf die Wählerschaft; sie opfert also eine tiefere ideologische Durchdringung für eine weitere Ausstrahlung und einen rascheren Wahlerfolg“ (S. 27). Des Weiteren nimmt sie aus „wahltaktischen Gründen“ den „größtmöglichen Teil der potentiellen Wählerschaft“ ins Visier, also „die ganze Bevölkerung“, und das um den Preis, sich „von der ‚chasse gardée‘ einer Wählerschaft auf Klassen- oder Konfessionsbasis“ abzuwenden.

Das Eigenschaftsprofil der Volkspartei nach Kirchheimer

Diese strategische Neuausrichtung geht organisatorisch mit der Stärkung der Parteispitzen und der Entwertung der Mitglieder als historischem Überbleibsel des Massenparteizeitalters einher. Ideologisch entledigt sich die Volkspartei ihrer profilierten Weltanschaulichkeit. Stattdessen formuliert sie als „Allerweltpartei“ „unbestimmte“ Wahlprogramme und nicht konkret fassbare populäre Wahlversprechungen. Zum Rüstzeug erfolgreicher Wahlkampagnen und Wählerwerbung zählt der Einsatz modernster Marketingmethoden und Markenartikelwerbung. Für die Spitzenpolitiker werden per Massenmedien Personalisierungskampagnen durchgeführt, um ihre Popularität zu steigern. Schließlich werden zu Verbänden enge Beziehungen unterhalten, um sich deren Wählerpotenzial zu versichern.

Ohne dies genauer systematisch auszuweisen, hat Kirchheimer bei der Merkmalskomposition der Volkspartei fortwährend das Eigenschaftsprofil der älteren Massenintegrationsparteien mit im Blick. Entsprechend gleicht die Volkspartei in ihre Kontur einer Kontrastfolie.

Die Wirkung der Kirchheimerschen Volkspartei auf die Parteienforschung

Die Wirkung des Kirchheimerschen Aufsatzes von 1965/66 war so durchschlagend und wegweisend, dass seine Volkspartei/catch-all party bis in die jüngste Zeit in jedem Lehrbuch der Parteienforschung einen prominenten Platz einnimmt. Obgleich er angesichts seines überraschenden Todes im Herbst 1965 kurz nach Veröffentlichung der deutschsprachigen Version seines Beitrags nicht mehr persönlich an der von ihm ausgelösten Volkspartei-Debatte teilnehmen konnte, gingen von seinen Thesen speziell in Westdeutschland die wohl umfangreichsten und am heftigsten geführten Diskussionen aus.

Dagegen stieß die catch-all party bei US-amerikanischen Politikwissenschaftlern und Parteienforschern auf fast uneingeschränkten Konsens, weil Kirchheimer bei seiner Zeitdiagnose und Eigenschaftsbestimmung unverkennbar auf ihnen vertraute Charakteristika der amerikanischen Nachkriegszeit und Parteienentwicklung zurückgriff. Die „american-style parties“ wetteiferten damals in der Tat um breiteste Wählerkreise und profilierten sich mit einem entideologisierten Pragmatismus. Immer weniger Unterschiede aufweisend, wurden Republikaner und Demokraten dem entsprechend auch als Tweedeldee und Tweedeldum bezeichnet. Indes blieb der von Kirchheimer prognostizierte umfassende Siegeszug der catch-all party in ganz Westeuropa weitgehend aus. Wie Manfred G. Schmidt neben anderen nüchtern feststellte, versandete er „auf halbem Wege“.

Anders die Entwicklung in Westdeutschland, die als den Prophezeiungen Kirchheimers entsprechender Sonderfall eingestuft wurde. Ab den 1960ern bildete sich hier nämlich ein von CDU/CSU und SPD geprägtes hochkonzentriertes, hyperstabiles Volksparteiensystem aus. Die Parteienzersplitterung Weimars und der ideologisch aufgeheizte, teils unversöhnlich ausgetragene Parteienkampf schienen mit dem Bonner Zweieinhalb-Parteiensystem überwunden. Während vor diesem Hintergrund konservative Vertreter der Politikwissenschaft und Parteienforschung die Volksparteientwicklung aus tiefem Herzen begrüßten, sahen sich dagegen Vertreter der akademischen Linken mit dem Wandel der SPD zur pragmatischen, systemangepassten Volkspartei um ihre Hoffnungen betrogen, mit deren Hilfe auf die kapitalistische Systemüberwindung setzen zu können.

Die Krisen- und Niedergangsdebatte um die Volksparteien

Der Fortgang der Debatte um das Volksparteienzeitalter von Kirchheimer teilt sich seit geraumer Zeit in zwei Richtungen auf. Die eine konzentriert sich auf nicht übersehbare Krisenerscheinungen, die dafür sprechen, dass die Hochzeit der Volksparteien abgelaufen ist. Unter dem Dachbegriff „party decline“ werden international solche Phänomene wie Wählerschwund, Mitgliederschwund und Vertrauensschwund der Mainstream-Parteien subsumiert. Volksparteien haben zweifelsohne an gesellschaftlicher Verwurzelung und Einbindungskraft gegenüber der Wählerschaft eingebüßt. Ihre schwindende Repräsentationsleistung ermöglicht politischen Neuanbietern und populistischen Parteien von rechts und links den etablierten Großparteien erfolgreich Konkurrenz zu machen. In Ländern mit Verhältniswahlrecht führt dies zur Vermehrung und Zersplitterung der in den Parlamenten vertretenen Parteien (Fragmentierung).

Die Epochenwechseldebatte um die Volksparteien

Die weit verbreitete und bis in die Medien und öffentliche Debatte vorgedrungene Krisensicht der Dinge wird von einer zweiten Richtung, die eng mit der Party-Change-Forschung verbunden ist, als fehlgeleitet und maßlos überzogen zurückgewiesen. Für sie gilt viel grundsätzlicher aus entwicklungstypologischer Sicht, dass die Epoche der Volksparteien abgelaufen sei.

Welcher neuartige Parteytyp die Nachfolge der Volkspartei angetreten hat, ist indes strittig. International am einflussreichsten ist die Mitte der 1990er von Richard S. Katz und Peter Mair in die Literatur eingebrachte Kartellpartei, die seit den 1970ern auf dem Vormarsch sei und die Volkspartei abgelöst habe. Katz und Mair grenzen die Kartell- von der Volkspartei mit dem Argument ab, dass letztere noch zu ihrer Zeit im Vermittlungsbereich zwischen Staat und Gesellschaft platziert gewesen wäre. Dann seien die Volksparteien in den Staat eingedrungen und hätten den Charakter von semi-staatlichen Gebilden angenommen. Die Kontrolle über öffentliche Ressourcen und Schaltstellen staatlicher Macht hätten sie dafür genutzt, um sich den Zugang zu Staatsgeldern zur Deckung ihres wachsenden Finanzbedarfs zu verschaffen. Zugleich hätten sie ihren Einfluss auf die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten ausgedehnt.

Den Begriff „Kartellparteien“ führen Katz und Mair ein, um herauszustellen, dass die „Ins“ der im Staat verankerten Parteien, also sowohl die Regierungs- als auch die Oppositionsparteien, sich untereinander zu Selbstbegünstigungs- und Abschottungskartellen zusammenschließen würden, um die „Outs“ an Newcomern am Zutritt zum Exklusivkreis der Kartellparteien zu hindern. Wie wenig allerdings gerade diese zentrale Kartellbildungsthese der Wirklichkeit standhalten sollte, wird an dem weit verbreiteten erfolgreichen parlamentarischen Durchbruch von rechts- und linkspopulistischen Protestparten ersichtlich. Zudem lässt sich sicherlich hinterfragen, dass sich Volksparteien bei ihrem Streben nach Macht mit dem Zwischenraum zwischen Gesellschaft und Staat begnügt hätten. Stattdessen drängten sie realiter von Anfang an in den Staat hinein, um ihr politisches Gestaltungsstreben verwirklichen zu können.

Als weiterer international gehandelter Nachfolgekandidat der Volkspartei ist noch die „electoral-professional party“ von Angelo Panebianco (1988) zu nennen. Obgleich gerade die professionalisierte Wählerpartei von vielen Anhängern der Ende-der-Volksparteien-These favorisiert wird, verfügt sie indes über

Als weiterer international gehandelter Nachfolgekandidat der Volkspartei ist noch die „electoral-professional party“ von Angelo Panebianco (1988) zu nennen .

die geringste glaubwürdige Substanz, um die Volkspartei typologisch ablösen zu können. Panebianco behandelt diesen Parteytyp aus dem Blickwinkel der späten 1970er und frühen 1980er Jahre nicht einmal selbst als Nachfolgepartei der Volksparteien. Vielmehr geht sie für ihn aus den älteren bürokratisierten Massenparteien hervor. Ihre Metamorphose vollziehe sich dadurch, dass eine neue Gruppe an Professionals die organisationszentrierten Bürokraten an der Parteispitze der Massenparteien verdrängt habe. Diese neuen Parteeiliten würden die Massenpartei elektoralisieren, also auf eine „vote-getting“-Strategie ausrichten und dabei auf den Einsatz modernster Kampagnen- und Kommunikationsmittel zurückgreifen. Beide Aspekte bringt er mit der „electoral-professional party“ auf den Begriff.

Im deutschsprachigen Bereich haben dann noch die „Berufspolitikerpartei“ von Klaus von Beyme (1997) und die „professionalisierte Medienkommunikationspartei“ von Uwe Jun (2004) einige Beachtung gefunden. Von Beymes „Profi“-Partei leitet sich aus dem Aufstieg einer selbstbezogenen Berufspolitikerklasse her. Sie habe sich im Staat eingerichtet und würde die Parteien für die Zwecke ihrer Wiederwahl und dauerhaften Existenzsicherung als Berufspolitiker instrumentalisieren. Obgleich für diesen Ansatz gar nicht so wenig spricht, scheint er von Beyme selbst nicht so richtig zu überzeugen. Hat er doch im Weiteren die Berufspolitikerpartei zur Seite gelegt und ist zur professionalisierten Wählerpartei von Panebianco übergewechselt. Schließlich verfeinert Uwe Jun noch den Gedanken der Professionalisierung dahin, dass „professionalisierte Medien-Kommunikationsparteien“ den Schwerpunkt der Wähleransprache weg von den Parteimitgliedern hin auf die Massenmedien ausrichten würden.

Wenn man sich Kirchheimers Merkmalskombination der Volkspartei/catch-all party nochmals genauer vor Augen führt, ist der Eindruck nicht von der Hand zu weisen, dass es mit der Nachvollziehbarkeit und empirischen Belastungsfähigkeit der entwicklungstypologischen Nachfolgedebatte nicht weit her ist. Vor allen Dingen fällt auf, dass es den Verfechtern der Epochenwechelthese an einer triftigen zeitdiagnostischen Wandlungsthese fehlt, aus der sich ein erneuter Umbruch und Entwicklungssprung der Volkspartei-Epoche begründen ließe.

Vor allen Dingen fällt auf, dass es den Verfechtern der Epochenwechelthese an einer triftigen zeitdiagnostischen Wandlungsthese fehlt, aus der sich ein erneuter Umbruch und Entwicklungssprung der Volkspartei-Epoche begründen ließe.

Dann hantieren die besagten Autoren auch auf der organisatorischen Ebene nicht besonders gründlich mit dem Phänomen des Entwicklungssprungs, bei dem ein veralteter Typ von Partei, in diesem Fall die Volkspartei, sich zu einen neuen Epoche prägenden Typus transformiert. Ohne dies genauer zu klären, werden stattdessen Einzelaspekte des Strukturwandels der Volksparteien herangezogen und mit solch einem überdimensionierten Stellenwert versehen, dass sie vermeintlich für einen typologischen Systemwechsel stehen. Dagegen lässt sich mit einiger Stichhaltigkeit vorbringen, dass es ganz im Gegenteil nur um begrenzte Strukturveränderungen innerhalb der Volksparteientwicklung geht. Alle in die Diskussion eingebrachten Nachfolgekandidaten der Volkspartei betonen obendrein jeweils nur einen speziellen Wandlungsaspekt, der nicht wirklich fundamental und durchschlagend genug ist, um von einem Rausschmiss der Volkspartei aus der Epoche ausgehen zu können. Man könnte deshalb auch in den Wandlungsaspekten den Ausdruck von Entwicklungslinien sehen, die der Volkspartei selbst innewohnen und die Kirchheimer bereits mit in seine Merkmalskombination der Volkspartei aufgenommen hat. So lässt sich berechtigterweise fragen, ob die Volksparteien nicht aus sich heraus eine Klasse von Berufspolitikern hervorgebracht haben und ob dies nicht mit einem neuen Typ von politischem Professional einhergegangen ist. Und ob nicht die Volksparteien selbst in den Staat eingedrungen sind und sich kartellartig Staatsgelder zu ihrer Finanzierung zugeschanzt haben. Und ob Volksparteien nicht von eh her permanent darauf adressiert sind, sich modernste Methoden der Medienkommunikation und Kampagnenführung anzueignen. Alles dies, und das ist der springende Punkt, ohne ihren volksparteilichen Charakter grundlegend preisgegeben zu haben.

Es ist sogar so, dass auf der konkreten empirischen Untersuchungsebene nichtmals sicher ist, ob die Entwicklung hin zu Volksparteien einen Abschluss gefunden hat. So sind mit Blick auf Ostdeutschland oder auf europäischer Vergleichsebene selbst in jüngerer Zeit noch Zweifel daran aufgekommen, ob die vorherrschenden Parteien in ihrem Entwicklungsstand überhaupt an den von Volksparteien heranreichen. Angesichts dieses verwirrenden und teils widersprüchlichen Diskussionsstands muss offen bleiben, ob Volksparteien trotz ihres offenkundigen Niedergangs, wie von der Party-Change-Forschung behauptet, aus der Zeit gefallen sind und von zeitgemäßerer Parteitypen verdrängt wurden.

Von der Volkspartei zur catch-all party

An dieser Stelle könnte, zumindest im Einklang mit den meisten Parteienforschern, die Betrachtung mit dem Befund zu Ende gehen, dass die Hochzeit, wenn nicht gar die Epoche der Volksparteien abgelaufen ist und sie ihren nicht aufhaltbaren geschweige denn umkehrbaren Abstieg zu vergegenwärtigen haben. Kirchheimers Volkspartei-Konzept hätte damit seine Relevanz eingebüßt, um als analytischer Bezugsrahmen dem aktuellen Entwicklungsstand des weiter vorangeschrittenen Parteienwesens noch etwas abzugewinnen zu können.

Anders sehen indes die Dinge aus, wenn man ins Auge fasst, dass Kirchheimer eine nicht einfach so hinnehmbare, sondern diskussionsbedürftige begriffliche Gleichsetzung der Volkspartei mit ähnlichen, aber nicht identischen Parteivarianten vornimmt. Der inkriminierte Schlüsselsatz lautet, dass sich die ältere Massenintegrationspartei zur „Allerweltpartei (catch-all party) zu einer ‚echten Volkspartei‘“ umwandle (1965, S. 27). In der englischsprachigen Version seines Aufsatzes heißt es: „The mass integration party...is transforming itself into a catch-all ‚people’s party‘“ (1966, S. 184). Hier wird offenbar jenseits der Wortklauberei etwas vom Formprinzip Unterschiedliches, nämlich die „Allerweltpartei“, die „Volkspartei“ und die „catch-all party“ in eins gesetzt, was in Wirklichkeit auseinandergehalten werden müsste.

Meine hier nun weiter zu begründende These ist, dass die Volkspartei als Realtypus eine zurückliegende Entwicklungsphase der Volksparteien in Westdeutschland auf den Begriff bringt, aus der dann in der Spätphase der Volksparteienepoche die gegenwärtig vorherrschende catch-all party hervorgeht.

Nun ist die Kritik an der Gleichsetzung von Allerweltpartei, catch-all party und Volkspartei nicht neu, sondern hat schon früh Kritiker auf den Plan gerufen. So vor allem Alf Mintzel, der 1984 ein immer noch lesenswertes Buch „Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit“ veröffentlichte. Für ihn ist der von Kirchheimer konstruierte Typus der Volkspartei/catch-all party ein „Phantom“, ein „Konstruktionsmythos“. Was eine „echte“ Volkspartei, wie Kirchheimer sich ausdrückt, von einer gewöhnlichen Volkspartei unterscheidet, wird zudem nicht ersichtlich. Weiterhin wurde verschiedentlich moniert, dass ein wissenschaftlicher Terminus mit einem umgangssprachlichen Begriff aus der politischen Praxis und der

Selbstbezeichnung von Parteien vermengt würde. Noch dazu rekurriere Kirchheimer mit der Volkspartei auf einen politischen Kampfbegriff, mit dem sich konservative Parteien schon im Kaiserreich drappten und sich von linken Klassenparteien abzugrenzen versuchten. Neuerdings sind es sogar rechtspopulistische Parteien in Europa, die die Volkspartei auf ihre Fahnen schreiben.

Die Volksparteientwicklung von CDU/CSU und SPD

Geht man auf die sich tatsächlich abspielende Volksparteientwicklung in Westdeutschland der sechziger, siebziger und achtziger Jahre genauer ein, bildeten CDU/CSU und SPD in ihrer Ausrichtung und ihrem Profil keine sozial kontextlosen Allerweltparteien, die programmatisch nichts sagend gegenüber jedermann Stimmenmaximierung betrieben. In der catch-all party als einer den Gruppeninteressen enthobenen profillosen „everybody's darling“-Partei muss also ein Zerrbild der damaligen Wirklichkeit gesehen werden. Volksparteien sind, und das hat Kirchheimer richtig gesehen, realiter Teil der gesellschaftlichen Moderne. Sie haben die sozial und ideologisch tief gespaltene Klassen- und Milieugesellschaft mit ihrem Konfliktantagonismen hinter sich gelassen. Sie liefern eine zeitgemäße Antwort auf die mobile pluralistische Gruppengesellschaft.

Das Tor zum Volkspartei-Zeitalter stieß Konrad Adenauer mit seinen Mitstreitern auf. Aus dem katholischen Zentrum kommend, war ihnen das „Volksparteiliche“ in Gestalt der sozialen Umfassung und des schichtenübergreifenden Interessenausgleichs vom Zentrum her bereits vertraut. Auf keinen Fall wollten sie aber das Zentrum als eingemauerte katholische Milieupartei wiederbeleben. Stattdessen sollte mit einer neuen interkonfessionellen bürgerlichen Sammlungspartei, der CDU, das katholische und das protestantisch-konservative Lager hinter der Union zusammengeführt werden. An die von Kirchheimer zeitdiagnostisch herausgehobenen postindustriellen Wandlungstrends der Nachkriegszeit wurden noch keine Gedanken verschwendet.

An die von Kirchheimer zeitdiagnostisch herausgehobenen postindustriellen Wandlungstrends der Nachkriegszeit wurden noch keine Gedanken verschwendet.

Die SPD griff stattdessen bei ihrer Wiederbegründung zunächst noch unverändert auf ihr Traditionsverständnis als (Industrie)Arbeiterpartei zurück, konnte aber elektoral mit dem rasanten Wähleraufstieg der CDU/CSU nicht mithalten. Um nicht auf ewig auf die Oppositionsbänke des Bundestags festgenagelt zu sein, brach sie mit ihrer Vergangenheit zugunsten einer Wählererweiterungsstrategie, die sich schon 1954 in einem Parteitagsbeschluss niederschlug. Er lautet: „Die Sozialdemokratie ist aus einer Partei der Arbeiterklasse, als die sie entstand, zu einer Partei des Volkes geworden.“ Programmatisch wurde die Strategie mit dem Godesberger Parteitag 1959 abgeschlossen. Damit verband sie eine Entkrampfung gegenüber den Kirchen und eine erfolgreiche Hinwendung zu den Aufsteigergruppen der postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft, bestehend aus Angestellten und Staatsbediensteten. Dies ging mit einer tiefgreifenden Umwälzung des Sozialprofils ihrer Mitgliederbasis einher, so dass sich die SPD ab den 1960ern stark verbürgerlichte und zu einer gehobenen Mittelschichtpartei aufstieg.

Was die Unionsparteien und die SPD als Volksparteien auszeichnete, war ihr Bestreben, über ihre fest an sie gebundene Stamm- und Traditionswählerschaft aus dem katholischen Lager und Arbeitermilieu hinaus neues Wählerterrain zu erschließen, um ihre Wählerbasis zu verbreitern. Die beiden Parteienforscher Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan haben diese Strategie auf die Formel „expanding the support market“ gebracht. Hierauf gründete die CDU ihren imponierenden Wahlerfolg als interkonfessionelle, schichtenübergreifende Sammlungspartei von einerseits vom Zentrum geerbten katholischen Milieu-Wählern und andererseits neu erschlossenen protestantisch-bürgerliche Wählerkreisen. Der SPD gelang es, ein Bündnis zwischen der ihr treu verbundenen städtischen Industriearbeiterschaft und neuen Aufsteigergruppen des tertiären Sektors zu finden.

Beide Parteien wurden aber vom Interessenprofil ihre Herkunft nicht los. So ließ die bundesdeutsche Bevölkerung bis zum Ende der alten Bundesrepublik nicht davon ab, die CDU als Sprachrohr der Katholiken und Unternehmer und die SPD als Sprachrohr der Arbeiter zu betrachten. Auch kulturell trennten in den 1970ern und 1980ern die Kohl-CDU und die Brandt-SPD noch Welten und führten zu aufgeheizten ideologischen Polarisierungen. Dort noch traditionelle Familien- und Frauenleitbilder, hier moderne Partnerschafts- und Lebensentwurfs-Vorstellungen und das Eintreten für eine neue Beteiligungskultur mit dem Slogan „Mehr Demokratie wagen!“.

Das Merkmalsprofil des Realtyps der Volkspartei

Fragt man vor diesem Hintergrund nach dem Merkmalsprofil des Realtyps der Volkspartei, wie er sich in der westdeutschen Parteienwirklichkeit darbot, so sind folgende Charakteristika hervorzuheben:

- Volksparteien gehen aus älteren Massenintegrationsparteien auf Klassen- und Konfessionsbasis hervor und liefern Antworten auf die durchlässige, mobile, pluralistische Gruppengesellschaft.
- Volksparteien sind ihrem Anspruch nach Großparteien, die untereinander um Wählermehrheiten konkurrieren, um in einer Regierung den Regierungschef stellen zu können. Sie streben elektoral nach Marktführerschaft. Unter Mehrparteienbedingungen sinkt ihr Stimmenanteil. Ab wann, beim Unterschreiten welcher kritischen Schwelle an Wählerstimmenanteil, der Volksparteienanspruch hinfällig wird, ist strittig. Wichtiger als die Größe des Stimmenanteils ist der Erhalt der Lead-Funktion, nämlich in Zwei- oder Mehr-Parteienkoalitionen die stärkste Partei zu bilden und die Regierung anführen zu können.
- Volksparteien sind breit aufgestellte, soziale Umfassungs- und Querschnittsparteien, die im Sozialprofil ihrer Wähler- und Mitgliederschaft schichtenübergreifend annähernd die pluralistische Gruppengesellschaft widerspiegeln. Sie weisen dabei Schwerpunktverankerungen auf, die es verbieten, von sozial kontextlosen Allerweltparteien zu sprechen.

-
- Volksparteien verfolgen elektoral eine Expansionsstrategie. Mit ihrem Standbein fest im Stammwählermilieu verankert, sprechen sie über ihr Spielbein weitere ungebundene Wählerkreise an, um sie zur Stimmabgabe zu bewegen.
 - Ihrem übergreifenden Interessenvertretungsanspruch nach vermarkten sich Volksparteien als schichtenübergreifende Vermittlungsinstanzen, die die Interessen heterogener Bevölkerungsgruppen zusammenführen und politisch zwischen ihnen zum Ausgleich bringen. Sie versuchen dabei Brücken zu bauen und durch Verhandlungen und Kompromissbildung einen Ausgleich zwischen widersprechenden Gruppeninteressen zu finden.
 - Volksparteien sind Programmparteien, die ideologisch gemäßigte und pragmatische Politikvorstellungen vertreten. Sie bedienen sich in ihrer Außendarstellung vager und unbestimmter Slogans und Floskeln, ohne gänzlich ins Allerweltliche abzudriften. Sie gehen polarisierenden Konfrontationshaltungen aus dem Weg und kooperieren untereinander nach konsensdemokratischen Leitvorstellungen. Zum Kompromiss- und Ausgleichstreben gehört der Anspruch, Parteien der Mitte zu sein, Maß und Mitte zu vertreten.
 - Volksparteien stellen für breite Wählerkreise ansprechende Wahlprogramme auf und tragen einen Überbietungswettbewerb mit umfangreichen Versprechungen um soziale Wohltaten aus. Hieran lässt sich ablesen, wie sehr die Volksparteien Kinder der wirtschaftlichen Wachstums- und Wohlstandsgesellschaft sind, wobei der von ihnen betriebene Ausbau des Sozialstaats mit wachsender Steuer- und Abgabenlast sowie Verschuldung erkauft wurde.
 - Volksparteien bilden in ihrer Organisationsform einen hybriden Mischtyp. Sie sind mit ihren Basiseinheiten, bestehend aus Freiwilligen und Ehrenamtlichen, traditionelle Mitgliederparteien. Auf höherer Gliederungsebene beginnt die Berufspolitikerpartei, der auf Bezirks-, Länder- und Bundesebene ein hauptamtlicher Parteiapparat zur Seite gestellt ist. Die Verkopplung beider Bereiche ist begrenzt. Berufspolitiker verfügen in Personalunion über öffentliche Mandats- und innerparteiliche Führungsämter. Parteiliten bilden die treibenden Kräfte, die die elektorale Professionalisierung des Parteiapparats vorantreiben und die die Partei in den Dienst der Erweiterung der Wählerbasis stellen.
 - Sie gliedern sich organisatorisch und richtungspolitisch nach Vereinigungen und Flügeln auf, aus deren Vertretern sich auch die Führungsgremien zusammensetzen. Nach außen sind sie über ihre Vorfeldorganisationen mit ihnen nahestehenden Verbänden vernetzt und pflegen zu diesen enge Austauschbeziehungen.

Zur Form und Funktionsweise der catch-all party

Es ist nicht schwer zu erkennen, dass sich das eine und andere des Realtyps der in der Bundesrepublik zur Dominanz aufgestiegenen Volksparteien mit den von Kirchheimer herausgearbeiteten Kennzeichen der Allerweltpartei/catch-all party/Volkspartei partiell überschneidet. Offensichtlich ist aber auch, dass er eine typologische Merkmalskombination erstellt, die nur teilweise etwas mit der Volksparteienwirklichkeit gemein hat.

Nun ließe sich diese Deckungslücke kritisch mit dem Argument gegen Kirchheimer wenden, dass sein typologisches Konstrukt zu abgehoben und wirklichkeitsfern sei. Solche Einwände sind nicht einfach von der Hand zu weisen. Doch wichtiger scheint mir hier aufzuzeigen, dass sich bei der Konstruktion der catch-all party eine Verbindungslinie hin zu einem amerika-

Anthony Downs hat 1957 ein Kirchheimer bekanntes Buch mit dem Titel „An Economic Theory of Democracy“ verfasst, welches als Meilenstein das Marktmodell und die ökonomische Logik des rationalen Verhaltens in die Parteien- und Wahlforschung einbrachte.

nischen Ökonomen, Anthony Downs, schlagen lässt, dessen Gedankenwelt in die Typenbildung hineinfließt. Downs hat 1957 ein Kirchheimer bekanntes Buch mit dem Titel „An Economic Theory of Democracy“ verfasst, welches als Meilenstein das Marktmodell und die ökonomische Logik des rationalen Verhaltens in die Parteien- und Wahlforschung einbrachte. Vereinfacht formuliert überträgt Downs die ökonomische Theorie des unternehmerischen räumlichen Standortwettbewerbs auf Parteien. Parteien, so seine These, haben

es mit einem räumlichen Wählermarkt zu tun. Wählerinnen und Wähler verteilen sich darauf eindimensional wie auf einer Geradeausstraße nach ihrem ideologischen Standort auf einer Links-Rechts-Achse. Sie entscheiden sich bei Wahlen für diejenige Partei, die ihnen nach ihrer Einschätzung ideologisch am nächsten steht, also die geringste Distanz aufweist.

Wenn sich, und das ist die strategisch weit reichende und enorm einflussreiche Schlussfolgerung von Downs, die Wähler gemäß einer Glockenkurve auf der Links-Rechts-Achse verteilen, müssen die Parteien zur Maximierung von potenziell erreichbaren Wählern ihren ideologischen Standort hin zur Mitte ausrichten. Dort sind normalverteilt die Wählermehrheiten vorzufinden. Der dabei ins Ziel zu nehmende und zu umwerbende Wähler ist der sogenannte Medianwähler. Er befindet sich nach seinem ideologischen Standort in der Mitte der Links-Rechts-Achse auf dem Platz, wo sich die Wählerschaft zu gleichen Teilen in eine linke und eine rechte Hälfte aufteilt. Um diesen Medianwähler herum gruppieren sich, etwa nach aktuellen Erhebungen unter den Bundesbürgern, rund 60 Prozent so genannter Mitte-Wähler. Schon wegen ihres numerischen Gewichts sind für Parteien unter dieser Zielgruppe theoretisch potentielle Mehrheiten vorzufinden. Was aus Standortsicht heißt, sich ihnen möglichst nahe stehend als Mitte-Partei darzubieten.

Die Theorien- und Modellwelt der Ökonomie, wie sie Anthony Downs in die Parteienforschung eingebracht hat, ist nicht unmittelbar an der Argumentationsweise und Sprache von Otto Kirchheimer ablesbar. Sie beeinflusst indes unverkennbar sein Denken. So wie er das Beziehungsverhältnis von catch-all parties untereinander und zur Wählerschaft ausleuchtet, sind Marktverhältnisse für ihn orientierungsbestimmend. Einerseits wird dies an den „Gesetzen des

Marktes“ deutlich, welche das Konkurrenzverhalten der Wettbewerber untereinander bestimmt. Andererseits werden catch-all parties wie privatwirtschaftliche Unternehmen gedacht, die sich, analog zur Umsatz- und Gewinnmaximierung, dem Ziel der Stimmenmaximierung verschreiben.

Und dann stützt sich nach Kirchheimer das Verhältnis von Parteien und Wählerschaft nicht mehr auf dem Prinzip der politischen Vergemeinschaftung und wechselseitigen dauerhaften Bündnisloyalität, sondern auf das wie zwischen voneinander getrennten und sich fernstehenden Marktsubjekten. So setzt die catch-all party auf eine „lose Beziehung zur Wählerschaft“ (S. 41). Umgekehrt führt Kirchheimer diese Beziehung auf die individualisierte Konsumsbürgerschaft zurück, „deren Verhältnis zur Politik oberflächlich und nicht von Dauer ist“ (S. 34). Ohne festere und „leidenschaftslose“ Bindungen zu Parteien erscheinen dem Wähler catch-all parties als eine „ihnen verhältnismäßig fernstehende ... und fremde Organisation“ (S. 40). Damit wird der Vermarktlichung und der Kommerzialisierung des Parteien-Wettbewerbs um Wählerstimmen Tür und Tor geöffnet. Das ganze Repertoire modernster Methoden der demoskopischen Wählermarktbeobachtung, des Produkt-Placements, der Themeninszenierung, der Personalisierung, des Brandings, wie es die Konsumgüter- und Dienstleistungsvermarktung kennt, kommt zum Einsatz. Ziel ist es, an individuelle Bedürfnisse der Wählerinnen und Wähler anzuschließen und Ihnen für Ihre individuellen Wünsche erfolgreich Problemlösungen zu offerieren. Für die Wähleransprache gilt das Prinzip, sich im Profil und im Versprechens-Portfolio so aufzustellen, dass bei Wahlen ein Maximum erreichbarer Wählerstimmen ausgeschöpft wird. Und das ist bei der Zielgruppe der Medianwähler zu erreichen. So zu verfahren wird immer wieder besonders pointiert von dem Vorstandsmitglied der Forschungsgruppe Wahlen, Matthias Jung, propagiert. Der Merkel-CDU empfiehlt er, bei ihrer Wählerausrichtung überalterte konservative Rechtswähler links liegen zu lassen und eine Wählermehrheit ausschließlich im Mittebereich zu suchen.

Die Vermarktlichung und die Stimmenmaximierung („catch-allism“) bringen, so lässt sich festhalten, ein catch-all Parteiensystem hervor, welches die Rolle von Parteien als Gruppenrepräsentations- und Integrationsinstanzen und als Kristallisationspunkte für Parteibindungen der Wählerschaft untergräbt. An ihre Stelle treten catch-all parties als Gewächse und Förderer der Individualisierung und der marktkonformen Kommerzialisierung der Parteien-Wähler-Beziehung. Mit ihrer Ausrichtung auf den Medianwähler und die mittige Mitte konvergieren die catch-all parties zu kaum noch unterscheidbaren Mainstream-Parteien, die mit der Anpassung ihres Brandings und Issueprofils um das gleiche Wählerpotenzial buhlen. „Catch-allism“ auf die Spitze getrieben, bedeutet, wie sich am Beispiel der Merkel-CDU aufzeigen lässt, durch „Themenklau“ und „Produktpiraterie“ all die Streitpositionen zu okkupieren, die traditionell zum Markenprofil der Konkurrenzparteien gehören. Also beispielsweise der Ausstieg aus der Kernkraft 2011 oder die Aneignung der SPD-Forderungen nach einem Mindestlohn und einer Mietpreisbremse 2013.

Nach dem Prinzip der asymmetrischen Demobilisierung wird dadurch die Unterscheidbarkeit zur Konkurrenz verwischt und diese daran gehindert, ihre Wähler nach dem Motto „Wir gegen die anderen“ mobilisieren zu können. Zugleich zielt das Eindringen in die Issue-Domänen der Konkurrenz darauf, deren Wähler zu sich rüber zu ziehen. Ein anderer Weg, sich als catch-all party gegenüber der

Wählerschaft nicht festzulegen und die eigenen Politikvorstellungen im Unbestimmten zu belassen, bildet die extreme Personalisierung der Wähleransprache. Auch hierfür liefert der TV-Werbespot von Kanzlerin Merkel im Wahlkampf 2013 mit dem Satz: „Sie kennen mich. Vertrauen Sie mir“ ein Paradebeispiel.

Otto Kirchheimer besaß schon vor 50 Jahren den Instinkt, um diese mit dem Aufstieg der Allerweltparteien/catch-all parties vorgezeichnete Entwicklung vorherzusehen und um eindringlich vor dem Verschwinden der Opposition zu warnen. Die dem catch-all Parteiensystem innewohnende Tendenz zu Anpassung an den mittigen Mehrheitskonsens, an Ausgrenzung von Alternativen und Verengung des auf die politische Agenda gesetzten zulässigen Themenspektrums beeinträchtigt und untergräbt schleichend die Parteiendemokratie,

Otto Kirchheimer besaß schon vor 50 Jahren den Instinkt, um diese mit dem Aufstieg der Allerweltparteien/catch-all parties vorgezeichnete Entwicklung vorherzusehen und um eindringlich vor dem Verschwinden der Opposition zu warnen.

die eine lebendige Verbindung zwischen der Bevölkerung und dem politischen Entscheidungsbereich sicherstellen soll. Hiergegen wirkt die Visions- und Sinnentleerung der Politik, die erloschene kontroverse Debattenkultur und das Fehlen einer „großen Erzählung“ für die weitere Zukunft lähmend. Der Tanz der herrschenden marktconformen Mainstream-Parteien um das goldene Kalb der Medianwähler hat bei der Gesamtwählerschaft verbreitet das Gefühl der Abgehobenheit des Politikbetriebs und der Verselbstständigung der

aus den Parteien hervorgehenden Politiker hervorgerufen. Das als Vertretungslücke wahrgenommene Repräsentationsversagen der Mainstream-Parteien hat seinerseits eine Spaltung der Wählerschaft erzeugt, wobei die untere Hälfte verstärkt in die Wahlverweigerung abdriftet. Andererseits setzen rechts- und linkspopulistische Parteien den catch-all parties zu, die den sich unberücksichtigt fühlenden, frustrierten Protestwählern ein Ausdrucksventil für ihren Unmut liefern.

Kurzum hat das Catch-All Parteiensystem seine Hochzeit längst hinter sich und stößt mit seiner hermetischen Mainstreamausrichtung an seine Grenzen. Es erodiert von den Rändern her und besitzt nicht mehr die Konzentrations- und Integrationskraft, um die Wählerschaft wie früher bei der Stange zu halten. In das von Ihnen geräumte Gelände drängen mehr und mehr Kleinparteien hinein. Volksparteien besitzen in ihrer Spätphase als catch-all parties nicht mehr die Attraktivität und Anziehungskraft, um den Parteienwettbewerb zu dominieren.

Schluss

Vor mehr als einem halben Jahrhundert hat Otto Kirchheimer auf richtungsweisende Art und Weise dem Beginn des Volksparteienzeitalters diagnostiziert. Für Jahrzehnte hat er damit das Verständnis der Parteienforschung über den epochalen Wandel der Parteienwirklichkeit geprägt. Otto Kirchheimer hat mit seinem Szenario des heraufziehenden Zeitalters der Volksparteien ein Meilenstein der Parteienforschung gesetzt, der ihn zu einem Lehrmeister der entwicklungstypologischen Parteienforschung machte. So exerzierte er vor, dass es auf eine zeitgemäße Gesellschaftsdiagnose ankommt, um den Wandel von Parteien erfassen und erklären zu können. Des Weiteren verdeutlichte er, dass Parteien in gesellschaftlichen Umbruchzeiten einem Anpassungszwang an die neuen Verhältnisse unterliegen, wenn sie nicht aus der Epoche geworfen werden wollen. Dabei nehmen die anpassungsfähigsten und am schnellsten erneuerten Parteien die Rolle als Vorreiter ein. Ihr Erfolg erzeugt einen Kon-

kurrenzdruck, dem sich noch nicht modernisierte Parteien durch Übernahme des Erfolgsmodells beugen müssen, um nicht abgehängt und verdrängt zu werden („survival of the fittest“).

Für Kirchheimer unterwerfen sich die Parteien dem „catch-allism“, der Stimmenmaximierung. Dies unterstellte er schon den Volksparteien. Wie aber deutlich gemacht werden sollte, kommt es erst bei der Spätphase der Volksparteien, dem Entwicklungssprung der Vermarktlichung hin zu catch-all parties, zum Primat der Stimmenmaximierung. Nicht von ungefähr subsumiert erst jüngst die amerikanische Parteienforscherin Susan E. Scarrow in ihrem Buch „Beyond Party Members“ von 2015 die catch-all party unter den Dachbegriff der „political market parties“.

Auf paradoxe Weise ist damit Kirchheimers Aufstiegsthese der Volksparteien nicht obsolet und aus der Zeit gefallen, weil er mit seiner catch-all party einer Zukunft vorgreift, die erst jüngeren Datums nach dem Erreichen eines bestimmten Entwicklungsniveaus, gewissermaßen in der Spätphase des Volksparteienzeitalters, eintreten sollte.

Nun ist das sich an Mitte, Medianwählern und Mainstream-Konvergenz klammernde catch-all-Parteiensystem selbst mit einem kritischen Entwicklungszustand konfrontiert, der in Richtung Niedergang zeigt und sich selbst verschuldet dem Wendepunkt hin zu einer womöglich neuen Parteienepoche nähert. Synchron zu diesen Niedergangerscheinungen sind die entwickelten Länder Europas erneut von einem epochalen gesellschaftlichen Strukturwandel erfasst, der vom Siegeszug des internationalen Finanzkapitals, der Internationalisierung und Globalisierung, der Digitalisierung, der Spaltung in Reich und Arm und der Auflösung des gesellschaftlichen Zusammenhalts diktiert wird. Die pluralistische mobile Aufstiegs-gesellschaft gehört der Vergangenheit an.

Würde Otto Kirchheimer Zeitzeuge dieses mindestens schon seit zwei Jahrzehnten voranschreitenden gesellschaftlichen Epochenumbruchs sein, hätte ihn der tiefgreifende Wandel sicherlich zu der Frage geführt, inwieweit der massiv veränderte Entwicklungszustand der Gesellschaft nicht ein neues Parteienzeitalter heraufbeschwören müsste. Dies herauszufinden ist der heutigen Parteienforschung als Vermächtnis von Otto Kirchheimer hinterlassen worden. Umso mehr ist dem Stifterehepaar Harald Friese und seiner Frau Gudrun Hotz-Friese für die Stiftung des mit 10.000 EURO hochdotierten „Otto Kirchheimer-Preises“ zu danken. Wird dadurch doch nicht nur Otto Kirchheimer als berühmter Sohn Heilbronnns ehrenvoll in Erinnerung gehalten. Sondern herausragenden Vertretern der Demokratie- und der Parteienforschung wird zugleich ein Anreiz gesetzt, den von Kirchheimer aufgeworfenen Fragen zur gefährdeten Zukunft der Parteiendemokratie immer wieder nachzugehen und sie im Lichte der Gegenwart zu beantworten.

Professor Dr. Elmar Wiesendahl ■

Die nachfolgende Grafik dient zur Verdeutlichung des Eigenschaftsprofils der Volkspartei nach Kirchheimer.



Quelle: Elmar Wiesendahl, Volksparteien. Aufstieg. Krise. Zukunft. Opladen etc. 2011, S. 60

Der Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.

Der Förderverein wurde am 13.10.2015 gegründet und am 21.02.2017 ins Vereinsregister eingetragen. **Zweck des Vereines ist, die Erinnerung an den Politikwissenschaftler Otto Kirchheimer zu bewahren und damit einen Beitrag zur Weiterentwicklung der von Otto Kirchheimer entwickelten wissenschaftlichen Theorien zum Verhältnis von Sozialordnung, Staatsverfassung und politischer Gewalt sowie zum Funktionswandel der Parteien innerhalb der Parteiendemokratie zu leisten.**

Der Otto Kirchheimer-Preis wird alle zwei Jahren vom Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V. auf Vorschlag des Wissenschaftlichen Beirates unter dem Vorsitz von Professor Dr. Reinhard Meyers (Westfälische Wilhelms-Universität Münster) verliehen. Mit dem Preis sollen Wissenschaftler gewürdigt werden, die sich mit ihrer wissenschaftlichen Arbeit um die Demokratie und Parteienforschung verdient gemacht haben oder mit ihren Forschungsergebnissen die Demokratie- und Parteienforschung um neue Erkenntnisse bereichert haben.

Der Preis wurde erstmalig am 24.11.2015 zum 50. Todestag von Otto Kirchheimer am 22.11.2015 verliehen. Erster Preisträger des Otto Kirchheimer-Preises war Professor Dr. Ulrich von Alemann (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf), ein Nestor der Demokratie und Parteienforschung in Deutschland und Leiter des „Instituts für deutsches und internationales Parteienrecht und Parteienforschung“ an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf.

Zweiter Preisträger ist Professor Dr. Oskar Niedermayer (Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin) und Leiter der Arbeitsstelle „Empirische Politische Soziologie/Otto-Stammer-Zentrum“, der wie kaum ein anderer deutscher Wissenschaftler die neuere Diskussion um Grundlagen und Strukturen, Leistungen, Defizite und Zukunftsperspektiven der deutschen politischen Parteien geprägt hat.

Der Preis wurde am 10.11.2017 verliehen.

Die Mitgliedschaft im Förderverein steht jedermann offen. Der Jahresbeitrag beläuft sich auf 48,00 € und kann steuerlich geltend gemacht werden.

Vorstand des Fördervereins Otto Kirchheimer-Preis e.V.

1. Vorsitzender:	Harald Friese
Stellvertretende Vorsitzende:	Alexander Throm MdB Rainer Hinderer MdL
Schriftführerin:	Gudrun Hotz-Friese
Schatzmeisterin:	Susanne Bay MdL

Wissenschaftlicher Beirat:

Vorsitzender:	Prof. Dr. Reinhard Meyers
Weitere Mitglieder:	Prof. Dr. Ulrich von Alemann Prof. Dr. Ralf Kleinfeld Prof. Dr. Christhard Schrenk



Professor Dr. Ulrich von Alemann

VITA - Professor Dr. Ulrich von Alemann

geb. am 17.8.1944 in Seebach/Thüringen, 1949 aufgewachsen in Krefeld und Köln, dort 1964 Abitur, verheiratet, 2 Söhne.

Studium ab 1966 in Münster, ab 1967 in Bonn und Köln Politikwissenschaft, Geschichte, Soziologie, Staatsrecht und Publizistik. 1969/70 Studienjahr an der University of Alberta in Edmonton, Kanada, dort Master of Arts in Political Science 1971; Dr. phil. an der Universität Bonn 1973, Betreuer Prof. Dr. Karl Dietrich Bracher.

Berufsweg: wiss. Assistent an der Universität Bonn im Fach Politikwissenschaft 1972-1977, Berufung als wissenschaftlicher Rat und Professor für Politikwissenschaft (H 3) an der Pädagogischen Hochschule Rheinland in Neuß 1978-1980; Professor (C 3) an der Universität Gesamthochschule Duisburg 1980- 1984; Universitätsprofessor (C 4) an der FernUniversität Hagen 1984-1998, Lehrstuhlinhaber Politikwissenschaft II an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf 1998-2012.

Akademische Selbstverwaltung: u.a. Dekan an der FernUniversität Hagen 1986-1988; Prodekan und Dekan der Philosophischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf 2004-2009; dort Prorektor für Lehre und Studienqualität 2009-2012; emeritiert, seitdem weiterhin Forschung und Lehre sowie Sonderaufgaben des Rektorates; Mitglied des Beirat für Universitätsförderung.

Arbeitsschwerpunkte: Demokratietheorie und Politiktheorie, Methoden, Parteien-, Verbände- und Gewerkschaftsforschung, Politische Korruption, Politik und Technik, Landespolitik NRW

Forschungsinstitutionen: u.a. Vorstandsmitglied des Projektträgerinstitutes für das NRW Landesprogramm „Mensch und Technik. Sozialverträgliche Technikgestaltung“ 1985 - 1995; Mitgründer und stellv. Direktor des „Instituts für deutsche und internationale Parteienforschung und Parteienrecht“ (PRuF) ab 2001; Gründer der „Forschungsinitiative NRW in Europa“ (FINE) ab 1999.

Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW): Mitglied des Beirates von 1974-1979; Chefredakteur der Politischen Vierteljahresschrift 1979- 1985; Vorsitzender des Arbeitskreises Parteien, Parlamente, Wahlen 1974-1979, Vorsitzender des Arbeitskreises Verbändeforschung 1994-1997; stellv. Vorsitzender der DVPW 1997-2003; Mitglied der Ethik-Kommission seit 2017.

Publikationen: Veröffentlichung von über 35 Fach- und Lehrbüchern; über 200 Fachaufsätze; zahlreiche Beiträge in Presse, Radio und Fernsehen.

Praxiserfahrungen: Politikberatung von Bürgerinitiativen, Vereinen und Verbänden, Parteien, Landes- und Bundesregierungen, Bundespräsidenten



Professor Dr. Oskar Niedermayer

VITA - Professor Dr. Oskar Niedermayer

Oskar Niedermayer wurde am 22. August 1952 in Schönau bei Heidelberg geboren. Er ist verheiratet und hat einen Sohn.

Nach dem Abitur am Hohenstaufengymnasium in Eberbach studierte er von 1971 bis 1973 Betriebswirtschaftslehre und von 1973 bis 1977 Volkswirtschaftslehre und Politische Wissenschaft an der Universität Mannheim. Dort machte er 1977 seinen Abschluss als Diplom-Volkswirt mit einer Arbeit zur „Analyse der wissenschaftlichen Diskussion über soziopolitische Wirkungen multinationaler Unternehmen in Entwicklungsländern“, promovierte 1988 über das Thema „Europäische Parteien? Zur grenzüberschreitenden Interaktion politischer Parteien im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft“ und habilitierte sich 1988 im Fach Politische Wissenschaft mit einer Arbeit über innerparteiliche Partizipation.

Von 1978 bis 1983 war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter, von 1983 bis 1988 Hochschulassistent und von 1988 bis 1993 Hochschuldozent für Politische Wissenschaft an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim und von 1988 bis 1993 Direktor des Zentrums für Europäische Umfrageanalysen und Studien (ZEUS). Nach einem Lehrauftrag an der Universität Kaiserslautern und Lehrstuhlvertretungen an den Universitäten Konstanz (Prof. Lehmbuch) und Heidelberg (Prof. v. Beyme) wurde er 1993 an der Freien Universität Berlin zum Professor für Politische Wissenschaft ernannt und blieb dort bis zu seiner Pensionierung im Oktober 2017.

Er war von 1994 bis 1999 Dozent im Rahmen des Ausbildungsprogramms des Auswärtigen Amtes für mittel- und osteuropäische Diplomaten im Bereich „Politisches System der Europäischen Union“, von 1994 bis 1996 Dozent im Rahmen des Weiterqualifizierungsprogramms brandenburgischer Lehrerinnen und Lehrer für den Bereich „Politisches System Deutschlands“, von 1990 bis 1996 Vorstandsmitglied und Sprecher der politikwissenschaftlichen Arbeitsgruppe der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW), von 1990 bis 2015 Sprecher des Arbeitskreises Parteienforschung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, von 1995 bis 2017 Official Representative des ECPR an der FU Berlin. Er war 1979/1980 Stipendiat der Kommission der Europäischen Gemeinschaften für Forschungsarbeiten über die europäische Integration und erhielt 1977 für seine Diplomarbeit den Preis der Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar

In Forschung und Lehre spezialisierte er sich vor allem auf die Politische Soziologie, insbesondere die nationale und europäisch vergleichende Parteien- und Wahlforschung sowie die Erforschung der politischen Orientierungen und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger. Zu seinen zahlreichen wissenschaftlichen Publikationen zählen z.B. die Monografien „Bürger und Politik“ (2. Aufl. 2005), „Wahlen und Parteiensystem in Berlin“ (2017), die Herausgabe einer Buchreihe mit 5 Bänden über die Parteien nach den Bundestagswahlen von 1998 bis 2013 und die Herausgabe des „Handbuchs Parteienforschung“ (2013).

SATZUNG - Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V.

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen „Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e. V.“
2. Er hat seinen Rechts- und Verwaltungssitz in Heilbronn.
3. Er ist im Vereinsregister, Amtsgericht Stuttgart (Registergericht) unter Nummer 722876 eingetragen.
4. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck

1. Der Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e. V. verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck des Vereins ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung. Der Verein möchte die Erinnerung an den Politikwissenschaftler und Staatsrechtler Otto Kirchheimer bewahren und damit einen Beitrag zur Weiterentwicklung der von Otto Kirchheimer entwickelten wissenschaftlichen Theorien zum Verhältnis von Sozialordnung, Staatsverfassung und politischer Gewalt sowie zum Funktionswandel der Parteien innerhalb der Parteiendemokratie leisten.
2. Mittel zur Erreichung des Zweckes sind insbesondere:
 - a) Verleihung eines Otto Kirchheimer-Preises für hervorragende wissenschaftliche Leistungen auf dem Gebiet der Demokratie- und Parteienforschung, der alle zwei Jahre verliehen wird und mit 10 000 € dotiert ist.
 - b) Durchführung eines wissenschaftlichen Symposions im Rahmen der Preisverleihung zum Thema Demokratie- und Parteienforschung sowie Herausgabe eines Tagungsberichtes über dieses Symposion,
 - c) Förderung wissenschaftlicher Arbeiten und anderer Publikationen im Sinne von § 2 Abs. 1 Satz 2.
3. Der Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e. V. ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Er lässt sich in seiner Tätigkeit nur von ideellen Gesichtspunkten leiten. Er betätigt sich auf gemeinnütziger Grundlage und erstrebt keinerlei Gewinn.
4. Mittel des Fördervereins Otto Kirchheimer-Preis e. V. dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.
5. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 3 Mitgliedschaft

1. Der Verein besteht aus
 - a) ordentlichen Mitgliedern,
 - b) Ehrenmitgliedern,
 - c) fördernden Mitgliedern.
2. Die ordentliche Mitgliedschaft natürlicher und juristischer Personen ist schriftlich zu beantragen. Der Antrag muss von mindestens zwei ordentlichen Mitgliedern, die natürliche Personen sein müssen, befürwortet werden. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand.
3. Ehrenmitglieder werden auf einstimmigen Vorschlag des Vorstandes von der Mitgliederversammlung gewählt. Sie haben alle Rechte eines ordentlichen Mitglieds.
4. Die Mitgliedschaft erlischt durch:
 - a) Tod,
 - b) Austritt, der dem Vorstand mindestens ein Vierteljahr vor Ablauf des Geschäftsjahres schriftlich mitzuteilen ist und der am Ende des Geschäftsjahres wirksam wird,
 - c) Ausschluss.

5. Natürliche und juristische Personen, die sich bereit erklären, die Ziele des Vereins zu unterstützen, können fördernde Mitglieder werden. Für die Aufnahme und den Ausschluss gelten die Vorschriften über die ordentlichen Mitglieder entsprechend.

§ 4 Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Alle Mitglieder haben das Recht, Veranstaltungen des Vereins zu besuchen.
2. Die ordentlichen und Ehrenmitglieder des Vereins
 - haben das aktive und passive Wahlrecht für alle Organe des Vereins,
 - wirken an der Bestellung von Einrichtungen des Vereins im Rahmen der Satzung mit,
 - haben das Recht, an der Mitgliederversammlung teilzunehmen,
 - haben das Recht, Anträge bei der Mitgliederversammlung und an den Vorstand zu stellen.
3. Die ordentlichen und Ehrenmitglieder, die an der Mitgliederversammlung nicht teilnehmen können, haben die Möglichkeit, durch schriftliche Vollmachtserteilung anderen Mitgliedern, die eine natürliche Person sein müssen, ihr Stimmrecht zu übertragen. Sie gelten dann als anwesend. Einem Mitglied kann nur eine Stimme übertragen werden. Das eigene Stimmrecht bleibt davon unberührt.
4. Die ordentlichen und fördernden Mitglieder sind verpflichtet, den Mitgliedsbeitrag zu bezahlen, soweit sie hiervon nicht vom Vorstand befreit worden sind.
5. Kein Mitglied erhält Anteile an eventuellen Überschüssen und in der Eigenschaft als Mitglied auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins

§ 5 Ausschluss eines Mitgliedes

1. Der Ausschluss eines Mitgliedes kann in folgenden Fällen durch Beschluss des Vorstands erfolgen:
 - a) Verletzung der Interessen des Vereins,
 - b) Säumnis der Beitragspflicht trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung über den Schluss des Geschäftsjahres hinaus,
 - c) sonstige wichtige Gründe.
2. Den Antrag auf Ausschluss eines Mitgliedes kann jedes Mitglied stellen. Der Vorstand hört vor der Beschlussfassung das Mitglied, gegen das ein Ausschlussantrag gestellt wurde, an. Der Beschluss über den Ausschluss ist dem Mitglied mit eingehender Begründung schriftlich bekannt zu geben. Gegen den Beschluss ist binnen vier Wochen Beschwerde an das Schiedsgericht (§ 12) zulässig.

§ 6 Jahresbeitrag

Der von der Mitgliederversammlung beschlossene Jahresbeitrag ist mit Beginn des Geschäftsjahres fällig.

§ 7 Organe und Einrichtungen des Vereins

Organe und Einrichtungen des Vereins sind:

1. die Mitgliederversammlung,
2. der Vorstand,
3. der Wissenschaftliche Beirat,
4. die Rechnungsprüfer / Rechnungsprüferinnen,
5. das Schiedsgericht,
6. die Ausschüsse
7. die Geschäftsstelle.

§ 8 Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung hat folgende Aufgaben und Befugnisse:
 - a) Wahl des Vorstandes (§ 9 Abs.1),
 - b) Wahl der Rechnungsprüfer / Rechnungsprüferinnen (§ 11),
 - c) Wahl eines Obmanns/einer Obfrau für das Schiedsgericht (§ 12)
 - d) Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes des Vorstandes und dessen Entlastung,
 - e) Festsetzung des Mitgliedsbeitrages,
 - f) Beschlussfassung über Satzungsänderungen und über die Abberufung des Vorstands; diese Beschlüsse bedürfen der Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen, wobei Stimmenthaltungen nicht mitgezählt werden.
 - g) Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins (§ 16).
2. Die ordentliche Mitgliederversammlung wird alle zwei Jahre jeweils zum Schluss des Kalenderjahres, spätestens aber drei Monate nach Schluss des Kalenderjahres, durch den Vorsitzenden / die Vorsitzende des Vereins einberufen. Die Mitglieder sind unter Angabe der Tagesordnung mindestens vier Wochen vorher schriftlich einzuladen. Die Versendung der Einladung und beigefügter Unterlagen kann auch in elektronischer Form per Mail erfolgen.
3. Der/die Vorsitzende kann eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Er / sie ist hierzu verpflichtet, wenn der Vorstand dies beschließt oder ein Drittel der ordentlichen Mitglieder dies unter Angabe des Zweckes und der Gründe schriftlich beantragt. Für die Ladung gilt § 8 Abs. 2, Satz 2.
4. Den Vorsitz der Mitgliederversammlung führt der/die Vorsitzende, bei seiner / ihrer Verhinderung eine/r der stellvertretenden Vorsitzenden.
5. Jedes anwesende Mitglied hat in der Versammlung eine Stimme. Die Möglichkeit der Stimübertragung nicht anwesender Mitglieder regelt § 4 Abs. 3.
6. Sofern durch Gesetz oder Satzung nichts anderes vorgesehen ist, werden die Beschlüsse der Mitgliederversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt. Stimmenthaltungen bleiben dabei außer Betracht.
7. Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom Versammlungsleiter / der Versammlungsleiterin und vom Schriftführer / von der Schriftführerin zu unterzeichnen ist.

§ 9 Vorstand

1. Dem Vorstand gehören an:
 - a) der/die Vorsitzende,
 - b) zwei stellvertretende Vorsitzende,
 - c) der Schatzmeister / die Schatzmeisterin,
 - d) der Schriftführer / die Schriftführerin
 - e) bis zu 6 Beisitzer / Beisitzerinnen,
 - f) der/die Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats (als Gast, ohne Stimmrecht).
2. Der/die Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates nimmt an den Vorstandssitzungen als Gast ohne Stimmrecht teil.
3. Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind der/die Vorsitzende, und die stellvertretenden Vorsitzenden. Der/die Vorsitzende ist mit einem/einer stellvertretenden Vorsitzenden vertretungsberechtigt.
4. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt.
5. Wiederwahl ist zulässig.

-
6. Der Vorstand führt die Beschlüsse der Mitgliederversammlung durch.
 7. Der Vorstand erlässt eine Geschäftsordnung und schlägt der Mitgliederversammlung eine Wahlordnung vor.
 8. Der Vorstand kann Ausschüsse für einzelne Arbeitsgebiete oder besondere Aufgaben aus den Reihen der Mitglieder des Vereins bestellen.
 9. Der Vorstand erledigt alle Angelegenheiten, die nicht der Mitgliederversammlung vorbehalten sind.
 10. Der/die Vorsitzende beruft und leitet die Sitzungen des Vorstandes und stellt hierfür die Tagesordnung auf. Der/die Vorsitzende oder sein Vertreter / seine Vertreterin können an den Sitzungen aller Gremien teilnehmen. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des/der Vorsitzenden. Der Vorstand kann seine Beratungen auch im Umlaufverfahren durchführen. Dies gilt auch für seine Beschlüsse. § 8 Abs. 2 Satz 2 und Satz 3 gelten entsprechend.
 11. Der Vorstand ist ehrenamtlich tätig. Notwendige Aufwendungen werden ersetzt.
 12. Dies gilt auch für die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates und für Mitglieder gemäß § 3 Abs. 1, sofern diese im Auftrag des Vereins tätig werden.

§ 10 Wissenschaftlicher Beirat

1. Der Wissenschaftliche Beirat fördert die in § 2 aufgeführten Ziele des Vereins. Er berät den Vorstand in allen wissenschaftlichen Fragen.
2. Der Wissenschaftliche Beirat schlägt dem Vorstand einen Preisträger/eine Preisträgerin für den alle zwei Jahre zu verleihenden Otto Kirchheimer-Preis ab dem Jahre 2017 vor.
3. Der Vorstand beschließt über den Preisträger/die Preisträgerin im Benehmen mit dem Wissenschaftlichen Beirat.
4. Der Wissenschaftliche Beirat soll mindestens 5 Mitglieder, höchstens 11 Mitglieder haben. Die Mitglieder werden vom Vorstand auf die Dauer von sechs Jahren auf Vorschlag des Wissenschaftlichen Beirats berufen. Dies gilt nicht für die Berufung der Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats nach Gründung des Vereins. Diese werden vom Vorstand berufen.
5. Eine gleichzeitige Mitgliedschaft im Vorstand und im Wissenschaftlichen Beirat ist nicht möglich.
6. Der Wissenschaftliche Beirat wird nach Bedarf, aber mindestens alle zwei Jahre, von seinem / seiner Vorsitzenden einberufen. Er kann seine Beratungen auch im Umlaufverfahren durchführen. Dies gilt auch für seine Beschlüsse. § 8 Abs. 2 Satz und Satz 3 gelten entsprechend.
7. Der Wissenschaftliche Beirat wählt seinen Vorsitzenden / seine Vorsitzende und den stellvertretenden Vorsitzenden / die Stellvertretende Vorsitzende aus den Reihen seiner Mitglieder.
8. Falls der / die Vorsitzende verhindert ist, nimmt der / die stellvertretende Vorsitzende seine / ihre Aufgaben und Befugnisse wahr.
9. Der Wissenschaftliche Beirat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 11 Rechnungsprüfung

Die Überprüfung der Haushaltsführung des Vereins obliegt drei Rechnungsprüfern / Rechnungsprüferinnen. Sie werden von der Mitgliederversammlung auf zwei Jahre gewählt. Wiederwahl ist zulässig.

§ 12 Schiedsgericht

1. Das Schiedsgericht ist zuständig für Beschwerden gegen einen Ausschluss; es besteht aus einem Obmann / einer Obfrau und vier Schiedsrichtern / Schiedsrichterinnen. Es entscheidet nach vorheriger Anhörung des Vorstandes und des vom Ausschluss betroffenen Mitglieds. Das Schiedsverfahren kann auch schriftlich durchgeführt werden.
2. Jede der beiden Parteien benennt zwei Schiedsrichter / zwei Schiedsrichterinnen binnen vier Wochen nach Anrufung des Schiedsgerichts. Wird die Benennung von einer Partei nicht innerhalb dieser Frist vorgenommen, so kann das Schiedsgericht auch ohne diese Schiedsrichter/ Schiedsrichterinnen verhandeln und entscheiden.

§ 13 Beschlussfähigkeit

Alle kollegialen Organe und Einrichtungen sind, soweit es nicht anders bestimmt ist, bei ordnungsgemäßer Einberufung ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlussfähig, soweit diese mindestens drei beträgt.

§ 14 Geschäftsstelle

Der Vorstand kann eine Geschäftsstelle einrichten. Auf Vorschlag des/der Vorsitzenden wird ein Geschäftsführer / eine Geschäftsführerin vom Vorstand bestellt. Die Aufgaben der Geschäftsstelle und die Aufgaben und Befugnisse des Geschäftsführers / der Geschäftsführerin sind in einer Geschäftsordnung geregelt, die der Vorstand beschließt.

§ 15 Auflösung und Vermögensübergabe

1. Die Auflösung des Vereins erfolgt durch Beschluss der Mitgliederversammlung. Die Einladung des/der Vorsitzenden zu der Mitgliederversammlung, die über die Auflösung beschließen soll, muss acht Wochen vor der Sitzung schriftlich erfolgen. Der Nachweis der erfolgten Einladung gilt als geführt, wenn er / sie eine schriftliche Einladung unter Bekanntgabe der Tagesordnung den Mitgliedern zugesandt hat.
2. Die Mitgliederversammlung gem. § 15 Abs. 1 ist zur Auflösung beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte aller Mitglieder anwesend ist. Ist die Versammlung nicht beschlussfähig, so hat die Einberufung einer zweiten Mitgliederversammlung mit vierwöchiger Einladungsfrist zu erfolgen. Diese zweite Mitgliederversammlung spätestens 8 Wochen nach der ersten Mitgliederversammlung stattfinden.
3. Die zweite Mitgliederversammlung kann ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitgliedern die Auflösung beschließen.
4. Der Auflösungsbeschluss bedarf der Zustimmung von drei Vierteln der Anwesenden.
5. Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die Stadt Heilbronn, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat. Die Mitglieder erhalten keinerlei Rückzahlungen, Rückgaben oder Zuwendungen. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins ist Eigentum Dritter an diese zurückzugeben.

Fassung gem. Beschluss Mitgliederversammlung vom 22.12.2016

Förderverein OTTO KIRCHHEIMER-PREIS e.V.

Geschäftsstelle: Harald Friese
 Wilhelm-Blos-Straße 53 · 74076 Heilbronn
 Tel. 07131-17 79 15 · Fax 07131-16 05 95
 hotz-friese@t-online.de



Ich/Wir möchte/n Mitglied des Fördervereins Otto Kirchheimer-Preis e.V. werden.

Vorname Nachname

Straße PLZ/Wohnort

Telefon E-Mail

Geburtsdatum Beruf

Die hier erhobenen personenbezogenen Daten werden entsprechend Bundesdatenschutzgesetz § 28 (9) vom Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V. ausschließlich für interne Vereinszwecke, insbesondere für die Mitgliederverwaltung, -information und -betreuung elektronisch gespeichert, verarbeitet und genutzt.

Ich/Wir zahle/n für meine/unsere Mitgliedschaft einen steuerlich absetzbaren Jahresbeitrag gemäß Beschluss der Mitgliederversammlung vom 13.10.2015 in Höhe von € 48,-.

Ort/Datum Unterschrift

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandats

Name und Anschrift des Zahlungsempfängers:

Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V., Wilhelm-Blos-Str. 53, 74076 Heilbronn

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE90ZZZ00009935

Mandatsreferenz (Vom Zahlungsempfänger auszufüllen):

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige/Wir ermächtigen (A) den Zahlungsempfänger, den Förderverein Otto Kirchheimer-Preis e.V., Zahlungen von meinem/unsere Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich (B) weise ich mein/weisen wir unser Kreditinstitut an, die vom Zahlungsempfänger auf mein/unsere Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. **Hinweis:** Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unsere Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. **Fälligkeitstermin** für den Einzug des Jahresmitgliedsbeitrages: 1. Werktag im Monat Juli des laufenden Kalenderjahres

Name des Zahlungspflichtigen (Kontoinhaber)

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

IBAN BIC

Ort/Datum Unterschrift des/der Zahlungspflichtigen



Förderverein
OTTO KIRCHHEIMER-PREIS e.V.

Geschäftsstelle: Harald Friese
Wilhelm-Blos-Straße 53
74076 Heilbronn
Tel. 07131-17 79 15
Fax 07131-16 05 95
hotz-friese@t-online.de